

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10 M. im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saare- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 69.

Die schlagzeilige Kopierpresse oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Transportgebühren. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Transportgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15233

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Große Schlagwetter-Explosion bei Herne

### 28 Tote, zahlreiche Schwerverletzte — 120 Mann noch in der Grube — Wenig Hoffnung auf Rettung

Herne, 20. Juni.

Auf der Zeche Mont Cenis ereignete sich heute mittag gegen 12 Uhr eine schwere Schlagwetterexplosion. Bis 5 Uhr nachmittags wurden 28 Tote und eine erhebliche Anzahl von Verletzten zutage gefördert. Das Unglück ereignete sich auf der fünften Sohle. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß auch die dritte und die vierte Sohle erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Grube befanden sich zurzeit der Explosion 300 Mann, von denen bisher erst 120 zutage gefördert wurden. Die Rettungsarbeiten sind ungemein erschwert, weil der größte Teil der Strecke zu Bruch gegangen ist.

Herne, 20. Juni.

Eine amtliche Mitteilung von sieben Uhr abends besagt: 28 Tote und eine große Anzahl Verletzte, vorwiegend Leichtverletzte, sind geborgen. Vierzehn Mann werden noch vermißt.

W. Bochum, 20. Juni.

Die Dena berichtet über die Explosion folgendes: Schauplatz der Katastrophe war das Revier des Steigers Ottermann in der fünften Sohle. Von der rund 120 Mann starken Bergschicht konnten bisher nur wenige Schwerverletzte und mehrere Tote geborgen werden. Trotz angestrengtester Bemühungen der aus allen Teilen des Ruhrgebiets herbeigeeilten Rettungsmannschaften konnte man bis zur Stunde nicht bis zu dem eigentlichen Herd der Katastrophe vordringen. So besteht wenig Hoffnung, die Leute des Unglücksreviers noch lebend zu bergen, denn die starken Nachschaden haben auch die anderen Grubenreviere schwer gefährdet. Bis nachmittags 3 Uhr sind aus diesen benachbarten Revieren hundert mehr oder weniger schwer gasvergiftete Bergleute eingetroffen. Die Tragweite des Unglücks läßt sich bisher noch nicht in ihrer ganzen Größe übersehen. Die Rettungsversuche sind in vollem Gange, fortgesetzt treffen neue Mannschaften ein, u. a.

die bekannte Courrieres-Mannschaft der Zeche Schamrock. Der Zugang zu dem Unglücksort ist von einer großen Menschenmenge umlagert.

Wieder einmal hat der Grubentod seinen blutigen Tribut von der Arbeiterschaft gefordert. 28 Tote und zahlreiche Verletzte sind bereits geborgen und zur Stunde ist noch nicht zu übersehen, wie groß die Zahl der Opfer der Arbeit in gefährlicher Tiefe schließlich sein wird.

Wie können derartige Explosionen immer und immer wieder auftreten und wen trifft die Schuld? Bei der vor kurzem stattgefundenen Explosion auf der Zeche „Konstantin“ bei Bochum, bei der 17 Bergleute den Tod fanden, wurden schwere Vorwürfe gegen die Bergbehörde erhoben, und zwar mit Recht. Es ist festgestellt worden, daß dort, trotzdem die Zeche eine der gefährlichsten Schlagwettergruben ist, dennoch vom Oberbergamt die Erlaubnis erteilt wurde, die Kohle abzubauen, ohne eine Wasserleitung nachzuführen zu müssen. Ob dergleichen unglaubliche Zustände auch in Mont Cenis eingetreten waren, muß die Untersuchung ergeben. Die Bergarbeiter müssen verlangen, daß ihre Vertreter zu der Untersuchung hinzugezogen und daß die Schuldigen zur Verantwortung gebracht werden. Sollte es sich bei dieser Explosion nicht nur um reine Schlagwetter, sondern auch um eine Kohlenstaubexplosion handeln, so muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Verinselungsanlagen, die während des Krieges auf jenen Zechen vollständig vernachlässigt worden sind, wieder in gebrauchsfähigen Zustand gesetzt und auf die Verinselung selbst die größte Sorgfalt verwendet wird.

Wir werden auf die Ursache des Unglücks näher eingehen, sobald ein Urteil darüber möglich ist.

## Kriegs- und Friedenspolitik

Von Artur Crispian

Dieser Tage kam mit einer bürgerlichen Zeitung aus Leipzig zu Gesicht. Darin fand ich einen Leitartikel, in dem dargestellt wurde, daß die Außenpolitik Deutschlands im Sommer 1919 durch die Friedenspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre bestimmte Richtung erhielt. Seit jener Zeit mache sich in der Außenpolitik der entscheidende Einfluß der Unabhängigen Sozialdemokratie in wachsendem Maße bemerkbar. Ein Einfluß, der denn auch dazu geführt habe, daß sich die deutsche Regierung dem letzten Ultimatum der Ententemächte unterwarf. Die Leipziger Zeitung hat damit nur ausgesprochen, was auch von anderen Zeitungen, nicht nur bürgerlichen, sondern auch rechtssozialistischen und kommunistischen, immer wieder im anklagenden Sinne gegen die Unabhängige Sozialdemokratie hervorgehoben worden ist, und gegenwärtig wieder lebhafter hervorgehoben wird. Was hier als Anklage gegen die Unabhängige Sozialdemokratie vorgebracht wird, ist in Wirklichkeit eine Rechtfertigung der klaren grundsätzlichen Taktik einer revolutionären Arbeiterpartei im Interesse des Proletariats.

Die Unabhängige Sozialdemokratie entstand während des Weltkrieges im Kampf gegen den kapitalistischen Krieg. Solange es eine internationale sozialistische Arbeiterbewegung gibt, war eine ihrer vornehmsten Parolen: Krieg dem Krieg! Eine revolutionäre Arbeiterpartei hat nicht nur die Pflicht, während eines kapitalistischen Krieges für den Frieden einzutreten, sondern in erster Linie ist es ihre Aufgabe, drohende Kriege zu verhindern. Jeder Krieg, den kapitalistische Regierungen einander erklären, bedeutet, daß Arbeiter, geführt von Offizieren im Dienst der Kapitalisten, einander abhächelten. Brudermord ins Millionenfache übertragen.

Wenn eine Arbeiterpartei, wie die Rechtssozialisten, während eines kapitalistischen Krieges einen Burgfrieden mit der Bourgeoisie schließt, so dankt sie damit nicht nur während des Krieges als Vertreterin und Führerin des proletarischen Kampfes ab, sie bindet und verpflichtet sich damit auch für die Zeit nach dem Krieg. Denn, wenn einmal eine Arbeiterpartei das nationale Vaterland über den internationalen Sozialismus stellt, so bringt sie sich damit selbst um die Fähigkeit und um die Möglichkeit, vor einem drohenden neuen Krieg die ganze proletarische Macht rücksichtslos gegen die kapitalistischen Kriegsbeher einzusetzen. Die Kriegstreiber brauchen die Dinge ja nur so darzustellen, als ob „das Vaterland vom Feind bedroht sei“, was nicht einmal ein schwieriges Kunststück ist, um die Arbeiterpartei für die „Einheitsfront“ einzufangen. Die grundsätzliche Haltung einer Partei zu den Fragen des Krieges bestimmt ihre außenpolitische Taktik. Da sich Außenpolitik und Innenpolitik gar nicht voneinander trennen lassen, wird dadurch ihre gesamte Taktik überhaupt beeinflusst.

Für das Klassenbewußte Proletariat darf es nur einen Krieg geben. Das ist der große heilige Krieg der Arbeit gegen das Kapital. Dieser Grundsatz, der weit über das Proletariat hinaus im Interesse der gesamten Menschheit anerkannt werden muß, war für die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie in den außenpolitischen Fragen maßgebend.

Wie lagen die Dinge im Sommer 1919?

Nach langen qualvollen Kriegsjahren stand das geschlagene, arme und elende Volk Deutschlands nackt und bloß und wehrlos vor den siegreichen Ententemächten. Die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles waren formuliert. Wirtschaftlich waren sie nicht weniger hart und grausam als jene des deutschen Siegesfriedens von Brest-Litowsk. Die rücksichtslosen deutschen Kriegstreiber und Kriegsverlängerer, die den Krieg bis zum buchstäblichen Zusammenbruch geführt hatten, waren wahnwitzig genug, im Sommer 1919 erneut zum Krieg zu hehen. Dabei kam es ihnen weniger auf die schweren wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages an, als vor allen Dingen auf jene Fragen der Schuld am Krieg, der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher. Diese Fragen betrafen die Ehre der deutschen Militaristen. Lieber ein Untergang mit Schrecken, als eine Verletzung der „deutschen Ehre“.

Wie stark im Sommer 1919 die militaristisch-kapitalistische Kriegsbeher war, geht daraus hervor, daß von allen Parteien nur die Unabhängige Sozialdemokratie von vornherein gegen die Gefahr eines neuen kapitalistischen Krieges auftrat.

Die Großkapitalisten und Agrarier der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Partei tobten wie beseßene. Für die deutsche Volkspartei forderte Dr. Kaß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages als das einzige Mittel, wodurch Deutschland seine Achtung in der Welt behaupten könne. Dr. Kaß rief: „Ja, hätten wir noch ein Schwert in der Hand! Dann wäre die Antwort leicht zu finden!“ Der deutschnationale Graf von Posadowsky-Wehner sprach die Hoffnung aus, daß „für die Feinde Deutschlands“ der Tag kommen werde, wo „die Rache der Götter“ auf sie niederstürze. Der Zentrumsmann Fehrenbach verstieg sich gar zu dem Schwur: „Auch in Zukunft werden die deutschen Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten“

## Oberschlesien

### Abmachungen zwischen Korsanty und der Interalliierten Kommission

Doppeln, 20. Juni.

Am 19. Juni wurde von den deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an die Interalliierte Kommission folgendes Telegramm gerichtet:

„Das in deutscher Sprache erscheinende Organ Korsantys, der „Oberschlesische Wegweiser“, bringt in der Nummer 6 vom 15. Juni unter der Überschrift „Vor Abschluß der Verhandlungen“ einen Bericht über Abmachungen zwischen Vertretern der Interalliierten Kommission und den Insurgenten. Darin wird als Ergebnis der Verhandlungen u. a. mitgeteilt: „Gleichzeitig mit der Demobilisierung der Insurgenten soll auf dem von der bisherigen neutralen Zone abgegrenzten Gebiet eine polnische Miliz ins Leben gerufen werden. Die Anordnungen dazu sind bereits erlassen. Alle von dem Vollzugsausschuß erlassenen Verordnungen über die Verwaltung des Landes, über den Eisenbahnverkehr usw. bleiben zunächst in Kraft. Die weitere Regelung der Frage bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten.“

Wir haben den Inhalt dieser Mitteilung zunächst für völlig undenkbar gehalten. Inzwischen ist aber bekannt geworden, daß beabsichtigt sei, den Eisenbahnbetrieb im Industriegebiet von Gleiwh in den Händen der Insurgenten zu belassen. Deshalb können wir diese Zeitungsmeldung nicht mehr als ganz unwahrscheinlich ansehen.

Wir müssen den allerschärfsten Einspruch auch nur gegen die Absicht solcher Abmachungen erheben. Ein solches Abkommen würde dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages zuwiderlaufen.

Mit der Zulassung einer polnischen Miliz, mit der Aufrechterhaltung der Verfügungen der sogenannten Behörden der Insurgenten, mit der Belassung der wichtigsten Eisenbahnbezirke in den Händen der Aufständischen würde die polnische Gewaltherrschaft anerkannt werden. Die Interalliierte Kommission würde sich dem schwersten Irrtum hingeben, wenn sie durch ein solches Abkommen die Vazifizierung und die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens Oberschlesiens zu erreichen hofft. Die Vazifizierung und die Wiederaufrichtung eines geordneten Wirtschaftslebens ist nur möglich durch die Wiederherstellung völliger gesetzmäßiger Zustände unter Ausschluß jeglicher Nebengewalten. Wir fordern, daß die Interalliierte Kommission im gesamten Abstimmungsgebiet die unumstrittene, ihr durch den Friedensvertrag anvertraute Regierungsgewalt wieder in ihre Hände bringt und das Land ausschließlich durch die gesetzmäßigen Behörden verwalten läßt.“

## Schießerei in Tilsit

Aus Tilsit wird gemeldet: „Das Gewerkschaftskartell und die drei sozialistischen Parteien veranstalteten Freitag abend um 8 Uhr auf dem Anger eine große Protestversammlung aus Anlaß der Ermordung des Abg. Gareis in München. Als nach den Reden der einzelnen Parteiführer sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, wurde er von einer Abteilung Schupo am Hohen Tor empfangen. Die Demonstranten machten lehr und gingen durch eine andere Straße. Die Schupo war inzwischen in ihren Autos auf Umwegen bereits dem Zug vorausgeeilt und stellte sich ihm wiederum entgegen. Die Menge jedoch überrannte mit ihren Fahnen die Schupobeamten. Es wurde darauf geschossen und zwei Personen verwundet. Später kam es an einer anderen Stelle zu einem erneuten Zusammenstoß. Als die Demonstranten der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht folgten, wurden zwei Handgranaten in die Menge geworfen, wodurch drei Personen schwer verletzt wurden. Erst am späten Abend war die Ruhe wieder hergestellt.“

Die Ruhe ist natürlich nicht durch die Arbeiter, sondern durch das provokatorische Vorgehen der Schupo gestört worden. In Ostpreußen herrscht noch immer der Belagerungszustand; der Kapp-General v. Dassel braucht ihn für sein Gewaltssystem und dieser Belagerungszustand liefert anscheinend auch der Schupo den Vorwand, auf eine friedliche Demonstration der Arbeiter zu schießen.

## Die deutschen Kohlenpreise

W. Paris, 20. Juni.

Der „Temps“ meldet, daß die Preisfestsetzung für die deutsche Kohle nach einem Beschluß der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Dreifache hinaufsetzen würde. Den Maßnahmen des Vertrages widerspreche es, daß Deutschland die Kohlenpreise für das Inland nur darum erhöhe, um die Zahlungen an die Alliierten steigern zu können.

Die Nachricht klingt sehr unbestimmt. Nach dem Friedensvertrag besteht für Deutschland wohl die Verpflichtung, die Kohle zum Inlandspreise abzugeben, aber kein Zwang, den Preis künstlich niedrig zu halten. Es wäre auch merkwürdig, wenn die Engländer auf solche Art die französische Industrie konkurrenzfähiger machen würden, als ihre eigene, indem sie den Franzosen billige Kohlen verschaffen.

Der neue österreichische Bundeskanzler. Der Hauptauschuß nahm auf Vorschlag des Abgeordneten Seidel (Christl.-sozial) einen Antrag an, den Präsidenten der Wiener Polizeidirektion Schober zum Bundeskanzler zu designieren und ihn mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen.

zerbrechen und die Schmach abwischen, die unserem deutschen Untertan zugesetzt werden soll. Es gelte immer noch das Wort: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! Der Demokrat Hausmann meinte, wenn das deutsche Heer im November 1918 gewußt hätte, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten. Der Friedensvertrag sei für seine Freunde unannehmbar. Komme was kommen mag! Der rechtssozialistische Reichspräsident Ebert sprach von einer „moralischen Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übrige gebildete Volk der alten internationalen Politik“. Der rechtssozialistische preussische Ministerpräsident Hirsch erklärte, „vor aller Welt“: „Lieber tot als Sklave! Der Friedensvorschlag sei unannehmbar. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen.“ Scheidemann wollte seine Hand lieber verdorren lassen, als den Friedensvertrag unterschreiben. Die Kommunisten gehörten gleichfalls zu den Ablehnern des Friedensvertrags. Sie lehnten neue politische und militärische Katastrophen herbei, um daraus den Sieg des Bolschewismus erstehen zu machen. Ihnen schwebte ein Schicksal und Trugbündnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland vor nach jenem kommunistischen Musterbündnis im Orient, zwischen den Bolschewisten und Czerwerka. Ueber die nationalsozialistische Erhebung Deutschlands gegen die Entente-Staaten zur bolschewistischen Befreiung Westeuropas, Kleinbürgerlicher, konterrevolutionärer National-Bolschewismus.

Allen Parteien und öffentlichen Gewalten stand die Unabhängige Sozialdemokratie allein gegenüber. Unbeirrt durch das chauvinistische Treiben der Bourgeoisie, durch die nationalsozialistische Haltung der Rechtssozialisten und das national-bolschewistische Geschimpf der Kommunisten klärte die Unabhängige Sozialdemokratie die Massen des Volkes über die furchtbaren Gefahren auf, die eine Ablehnung des Friedensvertrags zur Folge haben müßte.

Die Ententemächte hatten „alle militärischen Vorbereitungen dafür getroffen, daß die alliierten Armeen im Fall der Ablehnung des Friedensvertrags genau so vorrücken, wie sie es getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte“. Die wichtigsten Industriegebiete Deutschlands wären militärisch besetzt, die deutschen Häfen blockiert worden. Unser Genosse Haase wies damals in der Nationalversammlung mit besonderem Nachdruck auf die verhängnisvollen Wirkungen einer neuen Blut- und Eisenpolitik hin: „Ist das Ruhrgebiet okkupiert, so rollt nach zwei Wochen kaum mehr ein Eisenbahnzug, so raucht kein Schornstein mehr in Deutschland, das Millionenheer der Arbeitslosen schwillt dann um Millionen an. Nach kurzer Zeit würde das Hungergepeiß durch die Massen des Volkes schreien, schredlicher denn je. Die Entente wird nicht zögern, die Blockade auf das strengste durchzuführen und unserem Volk alle Lebensmittel zu entziehen. Diejenigen, die jetzt am lautesten rufen: möge kommen, was da wolle! — würden allerdings auch dann nicht hungern. Sie haben sich während des Krieges gut oder mindestens genügend ernährt und werden dazu auch weiter in der Lage sein.“

Es befanden sich damals noch 800 000 Kriegsgefangene im fremden Lande, die sich unter seelischen Qualen nach ihrer Heimkehr sehnten. Kriegsgefangene und Frauen von Kriegsgefangenen veranstalteten Kundgebungen für eine Regelung der Friedensfrage, die die Heimkehr der Gefangenen ermöglichen sollte. Außerdem drohte eine völlige Zerstörung Deutschlands. Im Süden des Reichs spekulierten viele auf einen neuen Rheinbund. Das Baltikumabenteuer war im vollsten Gange. Im Osten drohten weitere kriegerische Verwicklungen mit Polen. Der Volkskommissar für den Osten, der Rechtssozialist Winnig, hatte bereits in einem Aufruf die Bevölkerung dazu aufgefordert, einem polnischen Einmarsch in die kritischen Gebiete des Ostens mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Winnig erklärte darüber hinaus: „Wenn die Regierung infolge Ablehnens des Gewaltfriedens durch eine andere elende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen.“

Die Unabhängige Sozialdemokratie verkannte keineswegs die Schwere der Friedensbedingungen. Für sie kamen dabei die wirtschaftlichen Wirkungen des Friedensvertrags in Betracht. Die Unabhängige Sozialdemokratie war sich darüber klar, daß die Imperialisten der Entente durch ihren Friedensvertrag den internationalen Kapitalismus stärken und die sozialistische Bewegung schwächen wollten. Dementsprechend kam es darauf an, die sozialistische Bewegung nicht abermals durch einen kapitalistischen Krieg schwächen zu lassen. Die kapitalistische Krieg- und Friedenspolitik kann nur wirksam bekämpft werden durch eine selbständige Politik des internationalen Proletariats. Die Arbeiter mußten Zeit gewinnen, ihre Bewegung national und international zu stärken, um mit steigender Aktivität ihren Klassenkampf gegen den nationalsozialistischen Kapitalismus und internationalen Imperialismus zu führen.

Wie unfernig das Bestehen der deutschen Kommunisten auf die Nichtanerkennung des Versailler Vertrags war und ist, dafür kann ich mich auf keinen geringeren als auf Lenin selbst berufen.

Lenin bezeichnet eine solche Haltung in seiner Schrift über den Radikalismus als die Kinderkrankheit des Kommunismus als einen unzweifelhaften Fehler.

Die Imperialisten Frankreichs und Englands provozieren die deutschen Kommunisten, stellen ihnen eine Falle: „Sagt, daß ihr den Versailler Frieden nicht unterschreiben werdet“. Und die linken Kommunisten gehen wie Kinder in diese aufgestellte Falle, anstatt geschickt gegen den hinterlistigen und im gegebenen Augenblick stärkeren Feind zu manövrieren, anstatt ihm zu sagen: „Jetzt werden wir den Versailler Frieden unterschreiben.“ Sich im Voraus binden, dem Feinde, der gegenwärtig besser bewaffnet ist als wir, offen sagen, ob und wann wir mit ihm kämpfen werden, ist eine Dummheit und nicht revolutionärer Geist. Den Kampf annehmen, wenn dieser wesentlich für den Feind und nicht für uns vorteilhaft ist, das ist ein Verbrechen, und solche Politiker der revolutionären Klasse taugen nichts, die nicht „zu tanzen und paktieren“ und „Kompromisse einzugehen verstehen“, um einer wesentlich unvorteilhaften Schlacht auszuweichen.

Lenin sagt noch mehr: „Jetzt aber ist die Lage offenbar derartig, daß die Kommunisten Deutschlands sich nicht binden und die unbedingte Ablehnung des Versailler Friedens im Fall des Kriegs des Kommunismus versprechen müssen, das wäre dumm.“ Lenin geht immer noch weiter: Selbst für den Fall, daß bald eine deutsche Räterepublik entstehen würde, müßten die Kommunisten folgendes beachten:

„Man muß verstehen, daß die Taktik von Grund auf falsch ist, die nicht für Sowjet-Deutschland die Verpflichtung, für eine gewisse Zeit den Versailler Frieden anzuerkennen und sich dem zu fügen, zugibt.“

Wirksamere können die Kommunisten von keinem ihrer rücksichtslosesten Gegner abgetan werden. Was Lenin darüber sagt, ob und wann „wir mit ihm (dem Gegner) kämpfen“, ist übrigens — was nebenbei bemerkt sei — eine scharfe Beurteilung des kommunistischen Märzputsches.

## Widerwärtiges Treiben

### Arbeitslosendemonstration vor dem Gewerkschaftshaus

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Das Gewerkschaftshaus war gestern wiederum der Ort einer Arbeitslosendemonstration. Nach Abhaltung einer Versammlung auf dem Mariannenplatz zogen die Arbeitslosen ins Gewerkschaftshaus. Vorher war eine Deputation zur Berliner Gewerkschaftskommission und zum Vorstand des A. D. G. B. gekommen mit der Aufforderung, daß verantwortliche Vertreter nach dem Mariannenplatz kommen sollten, um dort den Arbeitslosen Rede und Antwort zu stehen. Nach den Erfahrungen bei den letzten Demonstrationen, bei denen sich die Genossen Knoll und Sabath unter Zwang bereitgefunden hatten, zu sprechen, aber dabei persönlich angegriffen wurden, lehnten Vorstandsmitglieder ab, der Aufforderung zu folgen und erklärten der Deputation, daß die Gewerkschaften nur ihren Mitgliedern verantwortlich seien und unmöglich Versammlungen Rede und Antwort stehen können, über deren Zusammensetzung in Bezug auf die Gewerkschaftszugehörigkeit keinerlei Klarheit bestünde. Offenbarlich bestünde doch die größte Zahl der Demonstranten aus unorganisierten Leuten. Die Abgabe von Erklärungen auch vor unorganisierten wurde jedoch geordert.

Nach Beendigung der Versammlung unter freiem Himmel gelangte ein geschlossener Zug ins Gewerkschaftshaus. Genosse Sabath als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission gab die Erklärung ab, daß nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter das Recht hätten, das Gewerkschaftshaus zu Versammlungszwecken zu betreten. Sabath hat eine schwere Kopfwunde davongetragen. Der Kassierer des Verbandes der Apotheker wurde zu Boden geschlagen. Mit der Angabe, nach Waffen suchen zu wollen, raubte man ihm seine Brieftasche mit größerem Geldeinhalt. Ein Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes, der sich beim Genossen Sabath befand, um ihn zu schützen und die Demonstranten zu beruhigen, wurde gleichfalls über den Kopf geschlagen. Nicht die Gewerkschaftsangehörigen hatten sich mit Knüppeln bewaffnet, wie der Wahrheit entgegen von Demonstranten behauptet worden ist, sondern Gewerkschaftsangehörige haben genau beobachtet, daß von Seiten der Demonstranten mit Knüppeln geschlagen wurde.

Die im Hause befindlichen Arbeitslosen sandten dann wiederum eine Deputation, der auch eine jüngere Frau und Vertreter der Obdachlosen angehörten, zum A. D. G. B., die die Entfernung der inzwischen eingetroffenen Sipps forderte, obwohl diese nur die Ordnung aufrechterhielt und das Leben der Gewerkschaftsangehörigen, das gefährdet war, schützte.

Im Hause lagte die Reichsleitung der Betriebsräte des Transportarbeiter-Verbandes. Auch in diese Versammlung drangen die Demonstranten ein und machten die Verhandlungen unmöglich, da Saal und Galerie in wenigen Augenblicken von den Eindringenden überfüllt waren. Die Redner erklärten, daß es mit den Betriebsräten genau so stünde wie mit den Gewerkschaftsböngern, die als Verräter zum Teufel gejagt werden müßten.

Dieser Zustand, daß Demonstranten die Gewerkschaftsarbeit unmöglich machen und die weiblichen und männlichen Angestellten und Vertrauensleute unserer organisierten Arbeiterschaft mit ihrem Leben in Gefahr bringen, kann unmöglich andauern. Die organisierte Berliner Arbeiterschaft wird sich mit allen geeigneten Mitteln zur Wehr setzen müssen, um ihr eigenes Haus zu schützen. Das Streben der Gewerkschaftsleiter geht offenbar dahin, im Haus der Gewerkschaften selbst einen Kampf anzufachen, der nichts anderes als den furchtbarsten Verfallungsprozess gewerkschaftlicher Ordnung, Arbeit und Disziplin bedeutet.

Zu den Vorgängen im Gewerkschaftshaus erfahren wir ferner folgende Einzelheiten:

Die Verwundung, die der Genosse Sabath erlitten hat, ist so schwerer Natur, daß er in das Krankenhaus am Urban geschickt werden mußte. Die Ärzte mußten eine Schukimpfung vornehmen, damit Genosse Sabath nicht in Starrkrampf verfalle. Außer einer etwa zehn Zentimeter langen, bis auf den Knochen gehenden klaffenden Kopfwunde hat er noch verschiedene Wunden am Körper davongetragen. Neben dem Genossen Sabath wurden noch sechs andere Gewerkschaftsangehörige zum Teil schwer, zum Teil leichter verwundet. Ein Teil der Demonstranten war mit Gummiknüppeln und anderen Schlagwerkzeugen ausgerüstet. Einige Köpfe verletzten mit eisernen Gartenstühlen auf die Gewerkschaftsangehörigen einzuschlagen, wobei Türen und Fenster, sowie Mobiliar des Restorans zerstört wurden. Nach dem Erscheinen der Sipps wurde bekanntgegeben, daß sich alle Anwesenden einer Visitation zu unterziehen hätten. Die in dem Hause verteilten Provokateure entledigten sich hierauf der mitgebrachten Mord- und Totschlaginstrumente. So wurden u. a. neben mehreren Gummiknüppeln (Totschläger à la Knüppelform) auch zwei Eierhandgranaten gefunden.

Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen steht es fest, daß es dem Genossen Sabath, auf den man es ganz besonders abgesehen hatte, trotzdem er sich von jeher mit seinem ganzen Einfluß bei allen maßgebenden Stellen für die Arbeitslosen eingesetzt hatte, noch schlechter ergangen wäre, wenn ihn nicht einige Angestellte geschützt hätten. Auch der vierzehnjährige Sohn des Genossen Sabath verfuhrte mit seiner schwachen Kraft, besonders schlimme Köpfe von seinem Vater fernzuhalten. Einige dieser Kreaturen verfuhrte jetzt, auf den Knaben einzuschlagen. Nur mit Mühe konnte das von einigen Angestellten verhindert werden.

Bemerkenswert ist, daß die übertriebene Mehrzahl der Demonstranten aus jungen Burschen bestand, die sich der Tragweite ihrer Handlungsweise wohl kaum bewußt waren. Die Veranstalter dieser „Demonstration“ hatten mit besonderem Raffinement die Insassen des Apsis für Obdachlose für ihre Zwecke aufgebeht, die in völliger Unkenntnis der Sachlage blindwütend gegen die „Gewerkschaftsbureaokratie“ ins Feld zogen.

Mit dieser Tat angeblich revolutionärer Prügelhelden, die ihre Aktion mit Hochrufen auf die kommunistische Internationale zum Abschluß bringen, haben die Erzeugnisse solcher Art ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Und hier muß diesem Treiben auch ein Damm gesetzt werden. Es wird in der Tat notwendig sein, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Berlins ihr Haus und ihre Vertrauensleute vor solchen Elementen, die mit den Zielen des Klassenbewußten Proletariats nicht das mindeste zu tun haben, schützen. Gegenüber diesen Gefellen hört jede Rücksicht und Solidarität auf. Die organisierte Arbeiterschaft Berlins kann nichts mit ihnen gemeinsam haben. Gewiß sind nicht alle Teilnehmer an diesen Demonstrationen gleich schuldig. Es sind nur verhältnismäßig wenige Kowidies, die an den Tätligkeiten gegen Sabath und die anderen Genossen teilgenommen haben. Aber die anderen Teilnehmer trifft immerhin insofern eine Schuld, als sie solchen Erzeugnissen beizuhelfen, ohne sie zu verhindern.

Die Hauptschuldigen sind aber die Veranstalter und Organisatoren der Demonstration. Denn diese Vorfälle sind nicht etwa in plötzlicher Erregung entstanden, sondern plan-

mäßig vorbereitet worden. Schon nach den Vorfällen am vorigen Dienstag riefen einzelne der Abziehenden, „am Montag kommen wir wieder, dann werden wir es euch zeigen, da kommt ihr nicht so gut davon“. Sonntag erschien nun in der „Roten Fahne“ der Hezauftrag der Erwerbslosenräte Deutschlands, der zu der Demonstration gegen die Gewerkschaften aufforderte. A. P. D. und A. A. P. D. waren wieder einmal vereint, und so ist es kein Wunder, daß es zu diesen niederträchtigen Gewalttaten kam. Nachdem die famose kommunistische Zentrale auf den Moskauer Befehl hin die Arbeiter in die Maschinenwiewehre gejagt und ins Zuchthaus gebracht hat, heßt sie jetzt auf denselben Befehl hin die Arbeiter gegen Arbeiter. Nachdem sie mit den bisherigen Methoden der Gewerkschaftszersplitterung nicht weitergekommen ist, wendet sie jetzt nackte und brutale Gewalt zur Zerstörung der Gewerkschaften an. Ein Mann wie Sabath, der ein Leben lang im Dienste der Arbeiterbewegung gestanden, der als Gewerkschaftler, wie als revolutionärer Sozialist immer seine Pflicht erfüllt hat, wäre beinahe der von den Kommunisten künstlich fanatisierten Menge zum Opfer gefallen. Dieselben Leute, die Jeter und Mordio schreien, wenn einem der Ihrigen etwas passiert, verbünden sich mit Gummiknüppeln und Handgranaten gegen Vertrauensmänner der Arbeiterklasse! So schaffen die Kommunisten aller Sorten die Atmosphäre, in der die Vertrauensmänner der Gewerkschaften halb tot geschlagen werden, genau so wie die bayerischen Orgeleuleute jene Atmosphäre schaffen, die den Mord an Gareis erzeugt hat.

Das Schlimmste dabei ist, daß die Kommunisten so am allerwirksamsten die Reaktion fördern und stärken. Denn diese blödsinnigen Erzeugnisse lenken einerseits die Arbeiter von den wirklichen Gegnern und den notwendigen Kampfaufgaben ab und schaffen andererseits eine feindselige und erbitterte Stimmung gegen alle proletarischen Forderungen. Deshalb muß endlich Klarheit darüber im gesamten Proletariat herrschen, daß es mit den kommunistischen Führern irgendeine Gemeinsamkeit nicht mehr geben darf.

Sie sind schlechtweg die ärgsten Schädlinge der Arbeiterbewegung, mit denen gemeinsame Aktionen ganz unmöglich sind, weil sie jede Aktion nur kompromittieren. Deswegen muß sich die Arbeiterschaft von diesen Leuten mit Absehn und Berachtung abwenden und sie gänzlich isolieren.

Heute abend finden unsere Versammlungen statt. Erfahrungen dieser und ähnlicher Art lassen vermuten, daß auch sie nicht ungehört bleiben. Wir machen daher unsere Genossen darauf aufmerksam, daß sie den ruhigen und wirkungsvollen Verlauf der Versammlungen sichern müssen, indem sie allen Störungsversuchen überall bejournen und ruhig, aber sicher und mit Energie entgegen treten.

## Dominicus gegen Wirth

Der Reichsanzler Dr. Wirth hat vor einigen Tagen im Reichstag versichert, daß der Ausnahmezustand in Ostpreußen demnächst beseitigt werde. Die Reichsregierung scheint also zu der ganz richtigen Erkenntnis gekommen zu sein, daß der Belagerungszustand für Ostpreußen überflüssig ist und daß der bürgerliche Staat nichts zu befürchten hat, wenn in Ostpreußen endlich verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden.

Der Minister Dominicus ist anderer Meinung. Er hat gestern im Hauptauschuß des Preussischen Landtags mit kalter Stirn behauptet, der Belagerungszustand in Ostpreußen könne jetzt noch nicht aufgehoben werden, weil die dortigen Verhältnisse es noch nicht gestattet. Welche Verhältnisse Herr Dominicus dabei im Auge hatte, darüber haben die Abgeordneten nichts erfahren. Er hätte dann nämlich auch, wenn er wahrheitsgemäß über die ostpreussischen Verhältnisse berichtet wolle, die Feststellung machen müssen, daß der überwiegende Teil der ostpreussischen Bevölkerung sich nach jeder Seite hin gesichert fühlt und absolut kein Verlangen nach Fortbestehen des Belagerungszustandes hat. Dieses Verlangen hat in Ostpreußen überhaupt nur ein kleiner Kreis von Personen, nämlich die Junker, die Einwohnerwehrleute und die monarchistischen Offiziere, an deren Spitze der Kapp-General von Dassel steht. Dieser Herr will aus Ostpreußen eine monarchistische Domäne machen. Deshalb der Belagerungszustand, der ganz einseitig gegen die Arbeiter angewendet wird, lediglich um sie niederzuhalten und um den Monarchisten Gelegenheit zu geben, ungestört und auf breiter Basis ihre Macht entfallen zu können.

Daß sich der Minister Dominicus zum Sprachrohr der Wünsche eines reaktionären Generals macht, daß er offen gegen die Auffassung der Reichsregierung frondiert, ist bezeichnend für den Geist, der unsere sogenannten Demokraten erfüllt. Gen. Dr. Cohn hat am Sonnabend im Hauptauschuß des Landtages den früheren Reichsminister Dr. Koch als ein demokratisches Edelgewächs bezeichnet. Zu den Edelgewächsen dieser Art gehören scheinbar alle Bürgermeister, die die demokratische Partei dem deutschen Volke als Minister zu präsentieren mag. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten gegen die Ausführungen des preussischen Innenministers selbstverständlich nichts einzuwenden. Solange im Reich eine bürgerliche Regierung war, spielten diese Parteien das Reich gegen Preußen aus. Jetzt wird wieder von Preußen aus Front gegen das Reich gemacht. Die Homogenität, die vor allem die Rechtsparteien eine Zeitlang anstrebten, ist wieder vergessen. Sie haben jetzt in Preußen ein Ministerium nach ihren Wünschen, nun können sie Preußen gegen das Reich ausspielen.

Die Vertreter der Unabhängigen Fraktion haben den Antrag eingebracht, den Belagerungszustand in Ostpreußen, Mitteldeutschland und den übrigen preussischen Gebieten aufzuheben. Die Rechtssozialisten und die Kommunisten haben ähnliche Anträge gestellt. Es wird sich nun zeigen, wie sich das Zentrum und die Demokraten dazu verhalten werden.

Aufhebung der Sonderprüfung für Assistenten. Die Reichsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat folgenden Antrag eingebracht:

Diejenigen früheren Assistenten, die bei Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 1. April 1920 angestellt waren, sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ohne Ablegung einer Sonderprüfung in die Besoldungsgruppe VII einzureihen.

Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsabkommens. Da der bisher bestehende deutsch-schweizerische Handelsvertrag zum 1. Juli 1921 gekündigt worden ist, sind jetzt Vertreter der beiden Staaten in einen Meinungsaustausch eingetreten über ein neues Vertragsverhältnis zum Abschluß eines neuen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz.

# Das Ende der Bayerndebatte

## Niederlage der Deutschnationalen

Die deutschnationale Presse hatte für gestern eine fürchterliche Abrechnung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und mit der Linken angekündigt, und man war deshalb auf eine weitere stürmische Fortsetzung der Bayerndebatte gefaßt. Statt dessen verlief die Sitzung sehr ruhig und die Deutschnationalen erlitten eine Niederlage, wie sie — insbesondere nach ihren hochtönenden Worten — nicht größer gedacht werden kann.

Derjenige, der sie ihnen beibrachte, war ihr eigener Redner, der württembergische Abgeordnete Bazille. Er brachte es nicht zu einer „Abrechnung“, dagegen zu fortgesetzten stürmischen Heiterkeitsausdrücken auf der Linken und auch in der Mitte, so daß es manchmal schien, als ob wirklich der einzige, der im ganzen Hause erst blieb, der Redner selber war. Es waren aber keine gewollten Heiterkeitserfolge, sondern ungewollte, entstanden aus der völligen politischen und rednerischen Hilflosigkeit dieses Mannes, der etwas vollbringen sollte, aber nicht konnte. Erregung löste deshalb seine Rede nicht aus, dagegen Erbitterung bei den Deutschnationalen, deren Führer, besonders Heisterkeit, vor Wut über diesen Reinsfall zitterte. Dazu hatte er allen Anlaß, sollten doch durch Bazilles Zurückweisung der Angriffe des Reichskanzlers die Schmerzen gelindert werden, die diese Niederlage bis jetzt hinterlassen haben. Aber ebenso enttäuschend wie die Rede des Deutschnationalen war die des Kommunisten Kemmele. Sollte Kemmele beweisen, daß er und seine Fraktion gelernt hat, daß sie mit Kadau keinen Eindruck machen, oder waren es die schmahlenden Vorgänge im Gewerkschaftshaus, die ihm die Zunge so bändigten, daß er eine sehr kurze gestützte Rede, ohne Ordnungsrufe, hielt?

Bemerkenswerter war schon die Rede des bayerischen Handelsministers Hamm, der sich natürlich scharf gegen den Generallstreik wandte, mit bemerkenswerter Entschiedenheit aber auch gegen den Kadauantifemismus und die deutschnationale Propaganda, der er viel Schuld an den bayerischen Zuständen beimah.

In späterer Abendstunde kam dann Genosse Soldmann noch zu Wort, um noch einmal mit den bayerischen Nordbuben abzurechnen. Er sprach aus, daß er wenig Vertrauen habe, daß der Mord an Gareis gesühnt werde. Die Arbeiterschaft im ganzen Reich wird diesem Zweifel unfres Genossen beistimmen.

## Der Sitzungsbericht

Beginn der Sitzung 3¼ Uhr. — Löbe präsidiert.

Nach debattierender Erörterung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und der Ueberweisung des Gesetzentwurfs über deutsch-schinesische Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes wird die Beratung über die

Interpellation wegen der Ermordung des Genossen Gareis fortgesetzt.

Abg. Bazille (Dnail.): Es ist für den Reichstag völlig zweifellos, über die Interpellation zu verhandeln, um so mehr, als sie von einer Partei ausgeht, die alles in diesem bürgerlichen Staat für wert hält, daß es zugrunde geht. Was hat die Reichsregierung veranlaßt, der Interpellation der Unabhängigen den Interpellationen über Oberpfälzer und Rheinland den Vorrang zu geben? Was der Zweck einer Interpellation ist, ergibt sich aus den Zielen der Partei, die sie einbringt. Das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie ist, wie auf der in Wien im Februar stattgefundenen Konferenz in Beschluß festgelegt wurde, die Diktatur des Proletariats. Diese Aufgabe bekennt sich der Diktator der Reichsregierung bei der Beantwortung der Interpellation hätte geben müssen. Er hat das nicht getan. Wenn er selbst dieses Ziel der Interpellation nicht gesehen hat, so muß in diesem Falle

die Opposition die Rolle der Regierung vertreten.

(Große Heisterkeit links.) Was würden die Unabhängigen und Kommunisten sagen, wenn das vor einigen Wochen auf den Herzog Albrecht verübte Attentat als von ihnen angezettelt bezeichnet worden wäre? (Große Heisterkeit links.) Warum diese Verwicklung einer gänzlich unaufgeklärten Tat mit der Regierung? Nur, weil diese der Turm ist in der Schlacht der Ordnung gegen die Revolution. Solange Kadu Widerstand leistet, kann die Diktatur des Proletariats nicht antworten. Aber zu den Pfählen Ihres (nach links) wahnbeherrschten Geistes wird sich leicht kein Körperlicher Flügel fügen. (Große Heisterkeit links.) Der Generallstreik war ein Verbrechen. Sie nennen uns fortgesetzt Reaktionen. Niemand denkt daran, gegen die Arbeiterschaft, soweit sie vernünftig ist, anzukämpfen. (Schallende Heisterkeit links.) Somenig erfolgreich es im 19. Jahrhundert war, gegen die Ideenwelt der Bourgeoisie zu kämpfen, so wenig kann man im 20. Jahrhundert gegen die Ideenwelt der Arbeiter den Kampf führen. Bismarck hat auch eine Diktatur durchgeführt, aber nur solange, als es nötig war. (Große Heisterkeit links.) Dann setzte die soziale Gesetzgebung ein. (Gelächter links.) Wir wissen sehr wohl, daß der Staat der Zukunft nur der soziale Staat sein kann und daß das, was ich die wahrhafte Demokratie nennen möchte, sich im 20. Jahrhundert nicht mehr heitigen läßt. Diese wahrhafte Demokratie ist nicht das, was Sie wollen. Ich habe nämlich von der wahrhaften Demokratie gesprochen. (Schallende Heisterkeit links.) Sie nennen die Kadu-Regierung verfassungswidrig und fühlen sich als die Hüter der Verfassung. Sie, die Hochverräter des 9. November. (Rufe rechts: Lachen Sie doch mal! — Große Heisterkeit links. — Wollf Hoffmann: Das ist ja der reine Heisterkeitsbazillus. — Tolende Heisterkeit.) Sie spotten Ihrer selbst und wissen nicht wie! (Große Gelächter links.) Das Auftreten der Kommunisten in den letzten Tagen war nicht ungewöhnlich, aber ohne Vorgang ist, daß ein bürgerlich-antifaschistischer Reichskanzler die politischen Ziele einer Partei fördert, die den Umsturz des Staates und der Religion erstrebt. (Große Heisterkeit links.) Der Reichskanzler hätte die Verdächtigungen zurückweisen müssen.

Über seine Rede war eine lange tiefe Verbeugung vor der Linken.

so tief, daß er recht bequem nach hinten schlagen konnte. (Große Heisterkeit links und in der Mitte.) Statt das Feuer der Zwittertracht zu löschen, hat er die Flamme des Halbes beschürt. Wollte der Reichskanzler etwa mit dem Blasebalg beschürt? Wollte der bayerische Regierung und die bayerischen der Rede andeuten, die bayerische Regierung und die bayerischen Behörden würden ihre Pflicht nicht tun? Er hat in verstellter Weise zwischen dem Nord und meiner Partei einen Zusammenhang konstruiert. Herr Unterlechner hat in Beziehung auf General Ludendorff vom nationalsozialistischen Gefindel gesprochen. Der Name Ludendorff wird noch nach Jahrtausenden voranleuchten (Stürmische Gelächter und Rufe links: Als Massenschläger), wenn das Zwerggeschlecht, das ihn beschämt, längst vergessen ist. Von separatistischen Bestrebungen in Süddeutschland ist mir nichts bekannt. Aber nach der letzten Rede des Reichskanzlers kann die Zukunft des deutschen Volkes unter seiner Führung nicht düster genug angesehen werden. (Gelächter links.) Ich will die Regierung nicht der Möglichkeit berauben, ihre Unfähigkeit zur Erfüllung des Ultimatums nachzuweisen.

Abg. Schöb (D. Rp.): Den Mord halten wir für feig und gemein. Freiheit und Gemächheit ist es, aus dem sicheren Verstand

heraus einen Menschen niederzuknallen und im Dunkel der Nacht nach vollbrachtem Mord zu verschwinden. Wenn wirklich herauskommen sollte, wer der Täter war, dann kann keine geistliche Strafe genügend scharfe Sühne sein, und es wäre ein Zeichen sittlicher Verworfenheit, auf solche Weise politische Andersdenkende als vogelfrei zu erklären. Wir mißbilligen die scharfen Töne in der nationalsozialistischen Presse gegen andere Parteien, gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler. Dadurch wird der schwache Rest von Autorität im deutschen Reich nur vollends untergraben. Aber ich habe noch nie in der Presse der Linken irgendwelche Aufregung darüber wahrgenommen, wenn in Moskau wehrlose Bürger abgeschlachtet, zaristische Offiziere zum Dienst in der Bolschewisten-Armee gezwungen werden. Wohl aber hörte ich, wie ein Führer der Linken hier an dieser Stelle erklärte: wir müssen durch ein Meer von Blut und Tränen waten! Nach Auffassung mancher in den Parteien der Linken gehört auch Scheidemann an den Laternenpfähle. Kollege Ledebour hat uns einst die interessante Enthüllung gemacht, daß man den Zeitpunkt gar nicht erwarten könne, wo er selbst am Laternenpfahl aufgehängt werde. (Ledebour: Entschuldigt denn das den Mord an Gareis?)

Abg. Hamm (Dem.): Debatten mit Heisterkeitsreden werden die Verhältnisse in Bayern nicht beseitigen. Im Falle Gareis, dem man ehrliche Ueberzeugung und ehrliche Absicht nicht absprechen kann, wäre, nachdem für die Feststellung des Mörders gar keine Anhaltspunkte gegeben sind, Schweigen geboten. Daran hat es besonders die Linkspresse fehlen lassen. Heute sind es wieder kleine Haufen, die Haß wider Haß predigen. Der Reichskanzler hat sie in seiner letzten Rede gebrandmarkt. (Widerspruch rechts.) Wir wollen verschöndern und ausgleichend wirken, sowohl nach rechts als auch nach links. Was hat die Deutschnationale Volkspartei bei uns zur Befriedigung der öffentlichen Meinung und zur Ausrottung des Kaduantifemismus, dieses schlimmsten Auswuchses der politischen Agitation, bisher getan? Was ist auf Ihrer Seite weiter geschehen gegen die wüsten Beschimpfungen der Reichsregierung, die in ihrer Schändlichkeit gerade bei den primitiven, einfach denkenden Leuten ernst genommen werden? Wir rufen mit dem Reichskanzler alle auf zu gemeinsamem Tun, die eines guten Willens sind. (Beifall h. d. Dem.)

Abg. Kemmele (Komm.): Nicht Parlamentsbeschlüsse und Reden schaffen solche Vorfälle, wie die bayerischen, aus der Welt, das können allein die realen Machtmittel der Arbeiterschaft. Die Versicherung des Reichskanzlers und der bayerischen Regierung sind nur tönende Phrasen. Wie kann man die Kommunisten der Vergiftung der politischen Atmosphäre in Bayern anklagen, während seit vielen Monaten in Bayern kein kommunistisches Blatt erscheinen, keine kommunistische Versammlung, nicht einmal eine Vorstandssitzung weniger Personen stattfinden darf. Eine Parteikonferenz, die sich aus diesen Gründen auf württembergischen Boden begab, wurde von der bayerischen Polizei dorthin verfolgt und die Teilnehmer wurden verhaftet. Jeder Brief an Personen, die kommunistischen Neigungen verdächtig sind, wird geöffnet und des Inhalts beraubt. Von den sieben kommunistischen Landtagsabgeordneten liegen vier im Gefängnis. In Nürnberg veröffentlichte die nationale Presse Artikel gegen die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften. Wenn es sich um die Taten von rechts handelt, spricht man hier im Reichstag von Vergessen und Veröhnung; als man aber in der vorigen Woche von der Amnestie sprechen wollte, wo es sich um Vergehen der Arbeiter handelte, hatte man kein Gefühl für Veröhnung. Deswegen sage ich, von dem Reichstag und der Reichsregierung haben wir eine Abänderung der Standalösen Zustände nichts zu erwarten. Erst nach dem Siege der Arbeiterschaft werden sich die Verhältnisse ändern. (Beifall h. d. Komm.)

Abg. Pfeiffer (Zentr.): Die Reichseinheit kann nicht gedeihen, wenn Missetaten waltet gegen die Politik der einzelnen Länder. Nur mit gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis ist die Wiederaufrichtung des Volkes möglich. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund): Wenn die Sozialdemokraten in die Regierung Kadu eingetreten wäre, wäre vieles von den bedauerlichen Geschehnissen vermieden worden. Wir Bayern sind gute Kerle (Heisterkeit), alles, was Bayern in schlechten Geruch gebracht hat, ist von Nichtbayern verübt worden. Auch ich bin für Ruhe und Ordnung, aber das darf nicht das Mittel sein, wo die Reaktion sonderbare Blüten treibt. (Große Heisterkeit.) Wenn bei einem neuen Kommunistenputsch die Landbesitzer waffenlos sind, so werden sie sich sagen, daß sie das den norddeutschen Sabelträgern verdanken, die den ursprünglichen Charakter der Einwohnerwehren verhöhnt haben. (Sehr wahr! links.) Die Festzüge der Einwohnerwehren in München und die Reden dabei waren eine törichte Provokation. Ich bin kein Freund der Juden, aber die Rassenvorhebung der Deutschnationalen findet bei den Bauern keinen Anklang, denn wir wissen, daß

die Junker früher die Bauern viel härter ausgeflogen

haben als die Juden. Wir müssen alle zusammenstehen, um die Demokratie und die Republik zu schützen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Soldmann (U. Soz.): Wenn man sieht, daß Mörder nicht gefaßt worden sind, die man hätte fassen können, dann kann man auch wenig Vertrauen haben, daß der Mord Gareis' gesühnt wird. Bei revolutionären Mordern hingegen arbeiten die Gerichte mit affentlicher Geschwindigkeit. Wir verlangen Gerechtigkeit und wünsch, daß man nicht über politische Morde hier so leicht hinweggeht. Es handelt sich bei dem Streik in Bayern um einen Demonstrationstreik gegen den politischen Mordmord, der das Produkt einer wochenlangen politischen Pressefeind ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Reichsmietengesetz. Schluß 8 Uhr.

## Die Gesamtausgaben des Reiches

Verhandlungen im Reichsrat — 200 Millionen für Erwerbslose

Der Reichsrat hielt am Montag eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ist u. a. ein Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge sowie ein Gesetzentwurf über Heranziehung der Frauen zum Schiffs- und Seehafenbau. Der Reichsrat genehmigte ferner abermals eine Anzahl Nachtragsetats für 1921. Im Etat des Auswärtigen wurden zehn Millionen gestrichen. Zum Etat des Ministeriums des Innern erklärte die preussische Regierung, daß sie zu den Ausgaben für polizeilichen Schutz einen Vorbehalt machen müsse, da diese Summen nicht auf Vereinbarung mit anderen Ländern beruhen. Sollte der Reichsbeitrag nicht über die Etatsansätze hinausgehen, so werde Preußen angesichts der Mehrbelastung voraussichtlich außerstande sein, die Organisation der Schutzpolizei gemäß den vom Reich gestellten Anforderungen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Der bayerische Gesandte v. Preger schloß sich der Erklärung Preußens in ihrem ersten Teil an. Ministerialdirektor von Schlieben erklärte namens der Reichsregierung, daß eine Erhöhung der in den Etat eingestellten Ausgaben für die Schutzpolizei nicht in Aussicht gestellt werden könne. In den Etat des Arbeitsministeriums wurden für die Erwerbslosenfürsorge weitere zweihundert Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatsjahr 1921 für diese Zwecke sich auf zweihundert Millionen belaufen.

Gestrichen wurden zweihundertfünfzigtausend Mark bei der Reichsausschussbehörde für Unfallversicherung, deren Ausstattung mit Personal den Reichsausschüssen zu reichlich erschien. Im Etat des Ernährungsministeriums wurden für das laufende Wirtschaftsjahr zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mehl noch 7½ Milliarden bewilligt.

Der Berichterstatter zum Hauptetat, Ministerialdirektor Sachse, hob hervor, die Erwartung habe sich nicht erfüllt, daß der Nachtragsetat Ersparnisse bringen werde, er bringe vielmehr Mehrausgaben von insgesamt 17,7 Milliarden Mark. Die seinerzeit beschlossene Bestimmung, nur 75 Prozent der Ausgaben für 1920 in Anspruch zu nehmen, habe sich nicht durchführen lassen, insbesondere bei der Wiederaufnahme der auswärtigen Beziehungen und der sonstigen Fälle von neuen Ausgaben, die auch aus der Durchführung des Ultimatums sich ergaben. Die Gesamtausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung im Jahre 1921 reigen durch den Nachtragsetat auf 108,3 Milliarden. Das Gleichgewicht im ordentlichen Etat sollen erst die Mehrerträge der neuen Steuern bringen, die noch zu beschließen sind. Ingesamt wird das Reich, nachdem die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts auf 16,2 Milliarden gestiegen sind, einen Kredit von 49,8 Milliarden in Anspruch nehmen müssen. Die Mehrausgaben der Postverwaltung belaufen sich auf 2,6 Milliarden, die Gesamtausgaben für 1921 reigen damit auf 11,2 Milliarden, die der Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln erhöht sich auf 4,5 Milliarden. Bei der Eisenbahnverwaltung steigen die Gesamtausgaben durch den Nachtragsetat auf 41,9 Milliarden, der Zuschuß aus Reichsmitteln erhöht sich auf 14,3 Milliarden Mark. Der Gesamtschuldenbetrag des Etats für 1921 einschließlich der Betriebsverwaltungen beträgt 49,3 Milliarden. Durch die Annahme des Ultimatums sind zunächst zusammen dreieinhalb Milliarden Goldmark gleich rund 53 Milliarden Papiermark erforderlich. Neben den Sachleistungen kann das Reich nur damit zahlen, daß es sich die Ausfuhr wieder nutzbar macht, dann muß es aber auch den Produzenten ihre Lieferungen bezahlen, und außerdem muß es auch die Ausfuhrabgabe in Papiermark zurück-erhalten. Nach Schätzung von Sachverständigen übersteigt der Wert unserer Einfuhr heute den unserer Ausfuhr um mindestens zwei Milliarden Goldmark, die erst durch eine Ausfuhrsteigerung ausgeglichen werden müssen, bevor unsere Ausfuhrleistungen den Reparationsleistungen zugute kommen können. Dazu kommen noch laufende Zahlungspflichten an die Vertragsgegner, die von der Reichsbank auf anderthalb Milliarden Goldmark jährlich geschätzt werden. Sollen die Reparationsleistungen voll erfüllt werden, so beträgt der Jahresbedarf 106 Milliarden Papiermark. Dazu kommt der gesamte Fehlbetrag für 1921 mit 53,5 Milliarden unter Hinzurechnung des Fehlbetrags des außerordentlichen Etats. Vorausgesetzt, daß der Kursstand der Mark sich nicht ändert, müßte also für 159,5 Milliarden Deckung gefunden werden.

Der Reichsrat nahm noch den Gesetzentwurf über die Lohnsteuer an. Danach ist bei Einkommen bis 24 000 M. die Steuer durch den Lohnabzug von zehn Prozent als gefügt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Berechnung der einbehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

## Hauptauschuß des Landtags

Der Hauptauschuß des preussischen Landtags setzte am Montag die Beratungen über den Haushalt des Innenministeriums fort. Abg. von Campe (D. Rp.) fragte den Minister, welche Beamtenpolitik er treiben wolle. Nach der politischen Anschauung des Beamten dürfe nicht gefragt werden, da derjenige Beamte der beste sei, dessen politische Anschauung man bei seiner Betätigung überhaupt nicht erkennen könne. Wer heute eine Veränderung der Staatsform herbeiführen wolle, sei entweder ein Narr oder ein Verbrecher. Das Koalitionsrecht der Beamten sei zu billigen, ein Streikrecht dürfe es hingegen nicht geben. — Abg. v. Winterfeld (Dnail.) meinte, daß man ursprünglich die alten Beamten in ihren Stellungen gelassen habe, erst nach dem Rappaportsch habe man andere Wege beschritten. Es sei aber gegen keinen der Beamten, die damals abgefaßt wurden, ein positiver Beweis einer Schuld zu erbringen gewesen. Bei der Ernennung der Landräte dürfe nicht die Mehrheit des Kreistages entscheiden, sondern die sachliche Eignung der Persönlichkeiten.

Hierauf ergriff Minister Dominicus das Wort. Er erklärte, daß die Höhe des Zuschusses des Reiches zur Schutzpolizei noch fraglich sei. Einstweilen weigere sich das Reich, den Prozentfuß für die Schutzpolizei einzustellen, der von Preußen gefordert werde. Das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung würde aufgestellt und dem Reich übergeben. Was die Frage der Ostjuden anbelange, so müsse gegen die starke Zuwanderung Einspruch erhoben werden. Die Internierungslager seien eine absolute Staatsnotwendigkeit, die Ausschreitungen im Lager Stargard bedauere er in hohem Maße. Er sei sofort dagegen eingeschritten. Von den Bemachungsmannschaften seien drei entlassen, die übrigen disziplinarisch bestraft worden. Auch die Vorgänge im Lager Sielow unterliegen einer Prüfung. Die bedauerliche Tatsache, daß bei dem Transport der Gefangenen von Ober-Schlesien nach Sielow ganz unzulässige Grausamkeiten vorgekommen sind, muß zugegeben werden. Es lasse sich aber noch nicht feststellen, ob ein preussischer Beamter daran beteiligt war. Die im Schöneberger Rathaus beschlagnahmten Waffen gehören der Einwohnerwehr, ein Teil war angemeldet, ein anderer nicht. Die Orgel werde aufgelöst. Der Ausnahmezustand in Ostpreußen kann jetzt noch nicht aufgehoben werden, weil die Verhältnisse es noch nicht gestatten. Das Streikrecht muß den Beamten verweigert werden. Die finanzielle Notlage wird uns noch zwingen, einen Einheitsstaat zu schaffen.

Staatssekretär Dr. Freund: Der Abg. Dr. Cohn hat am Sonnabend Auffklärung über eine Gedangelegenheit verlangt. Die Sache ist einfach (!!!). Der Regierungsrat Sicker in Breslau hat geglaubt, die Informationsreihe der unabhängigen Abgeordneten erleichtern (!!!) zu können durch einen Zuschuß zu den Reisespesen. Später ist dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung unterstellt.

Abg. Dr. Fahndler (Ztr.) wendet sich gegen die Darstellungen, die gegenwärtig in vielen Varietés und Theatern geboten werden. Die Redaktionen nehmen überhand, auch der Vertrieb von unzulässigen Schriften. — Vimberg (Soz.) trägt Beschwerden über die Militarisierung der Schutzpolizei vor. Die Eisener Polizei ist seit einigen Wochen eine Filiale der Deutschnationalen Volkspartei geworden. Die Sachbeamten müssen exerzieren und Feldübungen abhalten, da ist es kein Wunder, wenn die Bevölkerung von einer Reichswehr Nr. 2 spricht. Auch der Abg. Klost (Ztr.) bemängelt die Zustände innerhalb der Schutzpolizei. Die jüngeren Offiziere seien gegenüber den alten erfahrenen Polizeipraktikern zu stark bevorzugt worden.

Abg. Reyer (Komm.): Die Polizei ist eine militärische Einrichtung. Die Spitzelien gegen die Kommunisten werden immer toller betrieben. Die Auflösung der Einwohnerwehren in Ostpreußen ist nur eine Farce. Die Wehren werden nicht aufgelöst, und die Entwaffnung geht so vor sich, daß die Waffen aus den größeren Depots weggenommen und in kleineren Depots zu weiteren Verwendung untergebracht werden. Mit dem Annahmestand in Ostpreußen ist es so, daß der General von Dassel preist, die Zivilbehörden müssen tanzen.

Abg. Seewering (Soz.): Wenn die Kommunisten endlich ihre Methoden ändern, dann wird es auch möglich sein, die Schutzpolizei zu beseitigen und das Geld für andere Zwecke zu verwenden. Ich bin ganz damit einverstanden, wenn das geschieht. Ich bin kein Freund der Spitzeltätigkeit. Aber die illegalen Organisationen der Kommunisten verpflichten den Staat, Einrichtungen zur Ueberwachung dieser Organisationen zu schaffen. Was Mener über die Verhältnisse in Ostpreußen gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort. Zum Glück polemisierte Seewering gegen die Rechtsparteien und wies die Angriffe zurück, die gegen seine Tätigkeit als Minister von dieser Seite erhoben worden sind.

Valtrusch im Wiederanbauamt. Der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Friedrich Valtrusch, ist als Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten in das Reichskommissariat zur Ausführung von Aufsichtarbeiten in dem zerstörten Gebietern berufen worden.

# HERMANN TIEZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

Soweit Vorrat

# SAISON- AUSVERKAUF

Wischtücher gestümt und gebändert.....Stück	4 <sup>50</sup>
Stubenhandtücher Halbleinen, gestümt und gebändert.....Stück	12 <sup>75</sup>
Tischtücher 120x130 cm.....Stück	59 <sup>50</sup>
Deckbettbezüge weiß.....Stück	85 <sup>00</sup>
Kopfkissen mit genähtem Bogen.....Stück	22 <sup>50</sup>
Bettlaken Reinleinen, ohne Naht, vollwetzt.....Stück	95 <sup>00</sup>
Taschentücher für Damen, mit Hohlnaht.....Stück	2 <sup>25</sup>
Taschentücher für Herren.....Stück	3 <sup>50</sup>

**Frotté-Rock**  
weiß und farbig  
**59<sup>00</sup>**

**Vollvoile-Blusen**  
weiß und farbig  
jetzt **39<sup>50</sup>**

**Zephir**  
ca. 80 cm br., viele Muster  
Meter **9<sup>75</sup>**

**Nähseide** .....30 Meter **75** Pl.  
**Druckknöpfe** ... 3 Dutzend **25** Pl.  
**Stopfgarn** ..... 3 Kartons **50** Pl.  
**Wäscheknöpfe** 16-22 Dutzend **25** Pl.

Ein Posten **Damen-Halbschuhe**  
darunt. Ladv. u. Wildleder  
**135<sup>00</sup>**

**Damen-Nachthemden**  
mit Stickerei  
**39<sup>50</sup>**

**Cheviot**  
marine und schwarz  
130 cm breit  
Meter **28<sup>00</sup>**

**Satin-Armblätter** wach-dov. 1 Paar **2<sup>45</sup>**  
**Halbleinen-Band** Stück 3-5 Meter **1<sup>45</sup>**  
**Strumpfhalter**  
Kinder **1<sup>25</sup>** Damen **2<sup>00</sup>** Herren **3<sup>50</sup>**

**Knaben-Waschhosen** verschiedene Größen **19<sup>50</sup>**  
**Kinder-Mäntel** von **33<sup>00</sup>**  
**Kieler Waschanzüge** von **68<sup>00</sup>**

**Küchentischdecken** und **Paradehandtücher**  
aus guten Stoffen, vorgezeichnet  
**12<sup>00</sup> 14<sup>50</sup>**

**Topflappen** garniert.....Stück **95** Pl.  
**Quadrate** **1<sup>90</sup>**  
**Kissen** fertig geflickt farbig **39<sup>00</sup>**

**Herren- u. Damenschirme**  
Naturstock-Sortiment Halbseide mit Horngriffen  
**49<sup>75</sup> 69<sup>75</sup> 98<sup>00</sup>**

## Theater und Vergnügungen

**Volkshöhne**  
7 Uhr:  
**Der Bauer als Millionär**  
Neues Volkstheater  
Schorleiner Str. 68.  
7 Uhr: **Die Localbahn**  
**Staatstheater.**  
Opernhaus  
5 Uhr: **Die Walküre**  
Schauspielhaus  
7 Uhr: **Richard III.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: **Volta u. Perlmutter**  
Kammerspiele

**Leffing-Theater**  
Direkt.: Victor Barnowski  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Ballerina des Königs**  
(Konstantin, Göt.)  
**Deutsch. Rünst.-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Gefährnis**  
(Ralph, Korf, Otto).  
**Walballa-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsszene**  
**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Wo die Schwalben nisten**

**Großes Schauspielhaus**  
Rachstraße  
7 1/2 Uhr: **Die Weber**  
(Käfer Monnment)  
Theater 4. h.  
**Königgräber Str.:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Mit dem Feuer spielen**  
8 Uhr: **Catans Maske**  
(Schulz, Wermann, Wildt)

**7 1/2 Apollitheater** 7 1/2  
Friedrichstraße 210  
Täglich:  
**Tip-Tip Murrall**  
oder  
**Der Sport-Schiemihl**  
mit Wilhelm Hartmann

**Berliner Theater:**  
**DAS MILLIARDEN SOUPER**  
7.30 Uhr: **Ralph Arthur Roberts,**  
**Uffe Müller, Udo Mees, Derk**  
**Riber, Paul Kellkopf**

**Berliner Brater**  
Kassanien-allee 70  
Täglich 4 1/2 Uhr:  
**„Varieté“**  
**Wenn Engel streiken!**  
Operette in 3 Akten

**Komödienhaus:**  
Abendlich 7.30 Uhr:  
..... Der .....  
**blonde Engel**  
von Robert Winterberg  
Paul Helmreich u. G.  
Johanna von v. Sauerst.  
u. G., Japane von der Straats,  
Ola Hansen, Georg Bafell,  
Kurt Busch, Julius Ross.

**Theat. a. Kettb. To**  
Tel. Moritzplatz 10071  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
- 10 Herren! -  
Vorr. 11-1 1/2 u. 4-6

**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Max Walbert in**  
**Wenn das Spiel gemacht**  
**ist** - - - - ab dafür  
**Trianon-Theater**  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: **Oiga Simburg in**  
**Nur ein Traum**

**METROPOL**  
Kassanien-allee 54  
7 1/2 Uhr:  
**Intern. Damen-Boxkämpfe**  
und der unüberstehliche  
**Janis Spielplan**

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: **Die Oper**  
**Alt-Heidelberg**  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**  
Theater  
**am Nollendorflay**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Kassanien-allee 108/114  
Mittwoch, den 22. Juni  
**Konzert und**  
**Spezialitäten-**  
**Vorstellung**  
**II. Großes Kinderfest**  
Kinderbelustigungen aller Art!  
Wettrennen - Topfschlagen  
Backkäse - Puppentheater  
Fackelzug usw.  
abtag 4 Uhr - Einzug 2 Uhr  
Die Kaffeeküche ist von  
2 Uhr ab geöffnet

**„Il. Jolles Caprice“ u. u.**  
**Schlafschmerzmittel**  
**Wabe es groo**  
mit Ferd. Gruncker

**Voranzeige:**  
Donnerstag, den 23. Juni  
**Großes Frauen- u. Feuerwerk**

**LUNAPARK**  
Heute  
Volkstag  
**Eintritt 2M.**  
Kinder 1 M.  
**Doppel-Konzert**  
Dirig.: Musikdir. Fritz Brase  
Kapellm.: Willy Schierhorn  
Franz Hoffelder  
Höhen- und Wassor-Feuerwerk

**Kapitän-Kautabak**  
einmal  
verfügt hat, wird wegen seines eigenartig feinen Geschmacks  
Reis ein treuer Kunde bleiben. Man verlange überall echten  
**Kapitän-Kautabak** in den Geschäften.  
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Rgh. 3061).

**Schokoladen**  
25 g, 50 g, 100 g in Tafeln.  
Im Stück, für Wiederverkäufer,  
Händler, Offizierläden, Ver-  
losungen usw. Nur außerhalb bei  
**Schneider**  
Kodenbergstraße 27.

**Kupfer**  
Messing, Zinn, Quecksilber,  
Platin-, Gold-, Silberbrach  
Händlern Extrapreis!  
**Brunnenstr. 11**  
**Beusselstraße 29**  
**Fennstraße 48**

**Kropf**  
behandelt erfolgreich  
mügl. ohne Operation  
**Hollnagel Wolsart**  
Brunnenstraße 191,  
nahe Köpenicker Platz  
Opn. 10-12 u. 4-7.

**Wanderkarten**  
für alle Gegenden  
erhält man in der  
**Buchhandlung „Freiheit“**  
Breite Straße 8-9.

**Voranzeige!**  
Im Verlage der Buchhandlung „Freiheit“ erscheint in einigen Tagen  
**Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule**  
Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus  
(Zweite Auflage von „Die Poesie in Art“. Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes)  
Das Buch setzt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf  
eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern  
in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebens-  
stätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und  
Lehrer hervorzurufen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen  
und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer  
**Preis 12.- Mark**  
Gebunden 16.- Mark  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Epeditionen oder direkt von der  
**Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.**  
Berlin 62      Abt. Buchhandlung      Breite Straße 8-9

**Sie müssen**  
um gut und billig zu kaufen, Ihren Bedarf  
an Schuhen und Stiefeln bei uns decken!  
Beachten Sie unsere Preise!  
Damen braun echt Chevreau Schnür- und Spangenschuhe Ausführung **125<sup>00</sup>**  
Damen braun echt Chevreau oder Borsali-Hochschaffstiefel Ausführung **188<sup>00</sup>**  
Damen schwarz echt Chevreau Schnür- und Spangenschuhe Ausführung **88<sup>00</sup>**  
Damen Cad-, Schnür- und Spangenschuhe mit und ohne Pompadourabätze von **138<sup>00</sup>**  
Herren braun Kindbov-Stiefel helle und dunkle Farben, mod. Form ..... **185<sup>00</sup>**  
**Schuh-Engros-Lager Kaatz**  
Kein Laden!  
Jeder Käufer erhält 1 Paar prima Gummistiefel vollständig kostenlos und Fahrpreis vergütet.  
Kein Laden!  
Münzstraße 10, I. Etage

**Wo gibts die billigsten Seifen**  
bei Seltenschneider,  
Pücklerstraße 44.

**Zur Justizreform! Jetzt aktuell!**  
**Klassenjustiz**  
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-  
urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionsäre  
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.  
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin 62, Breite Str. 8-9

**1a Militär-Hosen für 80 Mk.**  
gibt es nur in der  
Hosenfabrik K. Windholz, Lohringer Straße 25, II.

**Enorm billiges Angebot.**  
Herren-Anzüge gute Ver-  
arbeitung  
von Mk. 275 an  
Catawans in guter Ausführung  
Grenadierstr. 14, II.  
kein Laden.

**2 Drehbänke**  
**2 Revolverbänke**  
**2 Schraubebänke**  
und anderes wegen Um-  
stellung des Betriebes billig  
abzugeben. **Thurau & Co.,**  
SO. 26, Dresdenstr. 11.

**Junge Burschen**  
von 14-16 Jahren zum Dreh-  
hüten und letzten Endemir-  
schlichten Arbeiten  
nach außerhalb sofort gesucht.  
Meldung im Arbeitsnachweis  
der Stadt Berlin, Landw. Abt.,  
Gormannstraße 13.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Berband**  
Verwaltungsstelle Berlin

**Todesanzeige**  
Den Kollegen zur Nach-  
richt, daß folgendes Mit-  
glied gestorben ist:  
Der Kollege  
**Karl Rindt**  
Bankom. Kaiser-Fried-  
richstraße 70, am 17. d. M.  
Die Beerdigung findet  
am Dienstag, den 21.6.21,  
nachm. 4 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Banko-  
mer Grenadierfriedhofs,  
Schönholzer Heide, aus-  
statt.  
Ehre seinem Andenken!  
Rege Beteiligung er-  
wartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Berband**  
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

**Achtung! Kollegen und Kolleginnen der Achtung!**  
Geld- u. Wertmetall-Industrie!  
Donnerstag, den 23. Juni 1921, abends 5 Uhr:  
**Berfammling**  
aller Gürtler, Drücker, Metallschleifer, Galvaniseur,  
Metallendreher, Former, Graveure, Bijouterie, Klempner,  
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen  
in Kleins Beselien, Hofenheide 13 (großer Saal).

**Tagesordnung:**  
1. Was geht in der Metallindustrie vor?  
Referent: Kollege Ziska.  
2. Diskussion. - 3. Geschäftsbericht.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Am Donnerstag, den 23. Juni 1921, abends 7 Uhr  
in der Schulaula, Roppenplatz 12:  
**Hauptgruppenberfammling**  
der Hauptgruppe IV der Metallindustrie  
(Schrauben-, Metallmehel-, Waffen- und Drahtwarenindustrie,  
Emaillewerke, Eisenkonstruktionsbetriebe, Fein- und Ge-  
metallfabriken).

# Groß-Berlin

## Die schwarze Kunst

Vor Erfindung der Schrift gab es kaum eine sicherer Lieberlieferung; erst durch die Buchdruckerkunst wurde es möglich, die Ergebnisse der Lieberlieferung und die Erzeugnisse des menschlichen Geistes tausendfach zu vervielfältigen. In den Bibliotheken werden die literarischen Denkmäler der alten, neuen und neuesten Zeit für die Zukunft aufbewahrt; nicht aus Stein gehauen wie die profanen Gestalten der Puppenallee, nein, bescheiden, im einfachen Pappengewand, harren sie auf den Moment, um, von einem Wissensdurstigen verlangt, ihre segensreiche Kulturarbeit zu beginnen, ihre Geheimnisse zu übermitteln.

Wer sich mit den guten Erzeugnissen der „schwarzen Kunst“ längere Zeit beschäftigt, gerät allerdings in Gefahr, geistig revolutionär zu werden. Der Apfel vom Baum der Erkenntnis an Adam durch Eva vermittelt, hat — angeblich — die Erbsünde auf unseren Planeten unter die Menschheit verbreitet. Die Vermächtnisse der großen Denker und Dichter, die modernen Erzeugnisse unserer großen Sozialisten, Soziologen (Erklärer und Forscher der Gesellschaftswissenschaft) werden mit unserer Hilfe — wenn wir das Hauptfachliche ihrer Ideen begriffen und verstanden haben — den Erbsünden der frommen Lüge von der Erbsünde — d. h. der Verdummung der Massen — eine unübersteigbare Schranke, ein Ziel setzen!

Die Bibliothek enthält also die „heimtlichen Mittel“ der schwarzen Kunst? wird mancher enttäuscht fragen? Und andere werden sagen: Wir sind längst davon überzeugt, daß wir manches Bildungsmaterial auszumergen haben, da unsere Schulen leider — uns nur die „Fabrikware“, geistige Massenware 6 bis 8 Jahre gedrückt hat. Gewiß ist manches von dem „Gelernten“ hängen geblieben; nur fehlt uns das, was man uns absichtlich verschwiegen hat.

Wir laden nun alle diejenigen ein, in denen durch vorstehende Anregung der Wunsch erweckt worden ist, auch anzufangen, sich mit dem Zusammenhang des Weltgeschehens zu beschäftigen, eine mit gutem Bibliothekmaterial ausgestattete Bibliothek aufzusuchen. Dem jungen Anfänger und dem wenig vorgebildeten Leser möchten wir als Freund und Genossen noch folgenden guten Rat geben:

Wenn du dich eingehend mit der „schwarzen Kunst“ zu beschäftigen beabsichtigst, werde dir erst darüber klar, daß man, vom Standpunkt des Lesers, die Bücher gewöhnlich in drei Gruppen einteilt:

1. rein praktische Bücher, d. h. solche, die wir für unseren Fachberuf brauchen, die uns für die Arbeit oder den Erwerb nützlich sind;
2. solche, die unserer allgemeinen Bildung dienen (Bücher über: Gesundheitslehre, Weltgeschichte, Sozialwissenschaft, Kindererziehung, Partei- und Gewerkschaftsliteratur);
3. solche, die uns nur zu unterhalten bestimmt sind.

In jedem Bibliotheks-Katalog wirst du eine Einteilung (Systematik) der Bücherbestände nach Wissensgebieten geordnet vorfinden. Nehmen wir an, du benutzt z. B. die Bibliothek deiner Gewerkschaft oder die der Parteiorganisation, so empfiehlt es sich, daß du deine Wünsche, d. h. die Bücher, die du zu lesen beabsichtigst, zu Papier bringst. Einige Bibliotheken geben vorgedruckte Wunschzettel an die Leser aus, die von den Lesern mit Nummer und Titel der gewünschten Bücher ausgefüllt werden.

Der Bibliothekar wird aus diesem Wunschzettel sofort erkennen, was du zu lesen gedenkst, welche Literaturgebiete dir Interesse abgewinnen. Der persönliche Rat eines Sachkollegen oder beliebigen Genossen, Berufscollegen u. a. ist in vielen Fällen dir dienlich, denn es besteht für den Anfänger die Gefahr, Bücher zu erhalten, die zu hoch, stofflich zu schwer sind.

Stäßt du auf Steine, so verzage nicht, wer langsam geht, stolpert selten.

**Kinderttransport nach Norwegen.** Es ist gelungen, die Schwierigkeiten, die sich unserm schon im Frühjahr geplanten Kinderttransport nach Skandinavien entgegenstellten, in letzter Stunde aus dem Wege zu räumen. Am Donnerstag, den 23. Juni, wird

der erste Transport mit 50 Kindern nach Norwegen abgehen. Die Kinder kommen zum größten Teil aus verschiedenen Städten des Reiches am Mittwoch in Berlin an. Wir brauchen für eine Nacht für diese Kinder Quartier (etwa 20). Arbeiterkellern! Seht uns, die letzten Schwierigkeiten zu überwinden, und schickt auf dem schnellsten Wege Adressen an das Internationale Hilfslomitee zur Unterstützung bedürftiger Arbeiterkinder Mitteleuropas, Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 64.

**Pandaufenthalt für schulenlässige Jugendliche.** Für schulenlässige Knaben und Mädchen, die gesund, aber zur Erlernung eines Berufes noch zu schwächlich sind, bietet sich Gelegenheit, den Sommer über bis zum Spätherbst unentgeltlich gegen leichte landwirtschaftliche Beschäftigung (Kühe und Gänse hüten, Beaufsichtigung von Kindern) Unterkunft auf dem Lande zu finden. Es handelt sich dabei nicht um eine Arbeitsstelle auf dem Lande. Meldungen sind sofort einzureichen: an das Jugendamt, Abteilung 3 (Pandaufenthalt), Neue Friedrichstr. 80, Zimmer Nr. 61, an die Städtische Berufsberatungsstelle Charlottenburg, Berliner Str. 81, 1. Eingang, Wilmerdorfer Str., an das Jugendamt Pantow, Neue Schönholzer Str. 35.

## Abbau der städtischen Kriegswirtschaft

Der Abbau der städtischen Kriegswirtschaft betrifft in Alt-Berlin noch 61, in den ehemaligen Vororten noch 192 offene Kriegskonten, im ganzen 253 Konten. Der Abbau wird bedingt dadurch, daß bei einzelnen Kriegsverwaltungen noch Prozesse schweben, daß noch Forderungen einzuziehen sind, deren alsbaldige Begleichung Hindernisse entgegenstellen. Schließlich steht eine beschleunigte Abwicklung in engem Zusammenhang mit der Frage von Personalentlassungen. Zur Behebung dieser Schwierigkeiten erscheint eine unbeteiligte Verwaltungsstelle als besser geeignet.

Der Magistrat beabsichtigt daher eine Abwicklungsstelle der Kriegsverwaltungen der Stadtgemeinde Berlin einzurichten und zwar nach Art der beim Reich und dem Land Preußen bestehenden Abwicklungsstellen. Sie soll in erster Linie Kriegskonten bearbeiten, die schließungsreif sind. Ihr soll die Befugnis übertragen werden, auch in die noch nicht schließungsreifen Konten einzugreifen, um nachzuprüfen, ob nicht gleichartige Verwaltungsstellen von Berlin und den ehemaligen Vororten zusammengelegt und vereinfacht werden können. Die gesamte Abwicklung der Kriegsverwaltungen wird voraussichtlich in etwa zwei Jahren erreicht werden. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung um entsprechende Beschlussfassung ersucht.

## Hinterbliebenenversorgung bei der Straßenbahn

Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss zur Vorbereitung der Anträge Dr. Wehl u. Gen. und Hegmann u. Gen. betr. Erhöhung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen der Groß-Berliner Straßenbahn beschäftigte sich unter dem Vorsitz der Frau Stadtd. Fahrtenwald mit der notwendigen Erhöhung der völlig unzureichenden Pensionen der Hinterbliebenen der Straßenbahner. Allgemein wurde anerkannt, daß die jetzt gezahlten Pensionen in Höhe von 30—80 M. (Waisengeld wird überhaupt nicht gezahlt) erhöht werden müssen. Es handelt sich hierbei um die Pensionen der früher in privaten Händen befindlichen Groß-Berliner Straßenbahner. Die jetzigen Straßenbahner haben eine den Verhältnissen entsprechende Pensionklasse. Beschlossen wurde, im Etat für 1921 statt der Summe von 700 000 M. den Betrag von 1 400 000 M. zu fordern und bei der Verteilung die Beratung an den Verwaltungsrat für zulässig zu erklären. Ferner wird der Magistrat ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine schnelle Vorlage betr. der Regelung der Bezüge der Altpensionäre und Hinterbliebenen der Berliner Straßenbahn zu unterbreiten.

## Dänen für Fortsetzung der Kinderhilfsaktion

Anfangs Juni sind in Berlin die dänischen Reichstagsabgeordneten J. P. Nielsen, H. Clausager, H. J. Sörensen, A. Stenggaard-Netegaard eingetroffen und von hier nach Chemnitz, in das Erzgebirge und Vogtland, nach Dresden, Erfurt und in die Industriegebiete Thüringens weitergereist. Der Zweck ihrer Expedition war, die Notlage der deutschen Jugend aus eigener Anschauung zu studieren und der dänischen Hilfsorganisation für die unterernährten Kinder Deutschlands neue Grundlagen zu geben. Freitag nach Berlin zurückgekehrt, ankerten sich die dänischen Abgeordneten sehr beschieden über die merkwürdigen Erfolge, die die dänische Kinderhilfe besonders bei der notleidenden Bevölkerung von Chemnitz und im Erzgebirge bereits erzielte. Gleichzeitig

aber wurde festgestellt, daß die Fortsetzung der tatkräftigen Hilfeleistung unerlässlich notwendig ist. Man beabsichtigt, von Dänemark aus in Verbindung mit dem deutschen Roten Kreuz eine Milch-Kaffee-Speisung in Berlin einzurichten und in der Folge ausgiebige Lebensmittel zur Einrichtung von Wälderholungsstätten nach Deutschland zu senden. Außerdem sollen noch mehrere tausend deutsche Kinder auch in diesem Jahre der Wohltat eines Erholungsaufenthaltes in Dänemark noch teilhaft werden. (Seit Jahresbeginn haben bereits 2500 Kinder in Dänemark freundliche Aufnahme gefunden.)

## Wieder wärmeres Wetter in Sicht?

Das unbehagliche und unbefriedigende Wetter, das seit einigen Tagen nach schon außerordentlich warmen Sonntagen eingetreten ist, dürfte bereits seinen Höhepunkt erreicht haben. Die andauernden Niederschläge und namentlich die Nordwestwinde, die uns eine beträchtliche Abkühlung der Temperatur gebracht haben, sind die Folge eines sehr tiefen Minimums, das über Schweden lagert. Da dieses Tief aber, wie das Berliner Wetterbarreau mitteilt, schon in den nächsten Tagen abziehen dürfte, so ist mit einem bevorstehenden Wetterumschlag zu rechnen. Die Temperatur, die 10,2 Grad Celsius, also 7 Grad unter dem Durchschnitt zeigte, wird sich dann mit dem Sommeranfang, der laudermäßig morgen ist, erheblich aufwärmen, die Regen- und Graupelschauer werden ausbleiben, kurz, das Wetter wird wieder sommerlichen Charakter tragen. Hoffen wir's!

## Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

Zu dem Bericht in der Sonntagsnummer ist noch das Ergebnis der Wahlen nachzutragen. Der Aufsichtsrat besteht nach der Wahl aus folgenden Mitgliedern: Wigle, Kuffhäuser, Wittmann, Döring, Müller, Gutkunst, Kolberg, Berger, Rowal. Den Vorstand der Genossenschaft bilden die Genossen Küter, Holz, Schünung, Budde und Rubinstejn.

In der Angabe der Summe des Nettogewinnes ist ein völlig entstellender Fehler unterlaufen. Der Nettogewinn beträgt 74 172,60 Mark.

Die Versammlungsleiter der fünf Versammlungen, die heute Abend stattfinden, ersuchen wir dafür Sorge zu tragen, daß bis 10 Uhr Berichte über den Verlauf in die Redaktion, Breite Str. 8-3, gesandt werden.

\* **Silberdiebstahl am Kurfürstendamm.** In letzter Zeit mehren sich wieder die Fälle an Diebstählen, bei denen der von der Kriminalpolizei seit langem gesuchte „Leitungs- und Jaloustevisor“ Lewandowski seine Hand im Spiel hat. Im Vertrauen auf die Gutgläubigkeit einzelner Hausbewohner im westlichen Berlin erscheint der Betrüger und Dieb unter dem Borzogen einer Revision der Leitungen und Jalousten in der von ihm erdichteten Wohnung. Lewandowski benützt dann jede sich bietende Gelegenheit, um alles erreichbare Silberzeug und alle Schmuckstücke zu stehlen. Ein besonders schwerer Fall hat sich jetzt wieder in dem Hause Kurfürstendamm 135 zugetragen. Dort erschien der Schwindler in der Wohnung des Regierungsrats Janssen und stahl für über 30 000 Mark Wertfachen und Silberzeug.

Eine Hochstaplerin und Diebin, die ihre Persönlichkeit geschickt in Dunkel zu hüllen versteht, wird von der Kriminalpolizei gesucht. In Berlin trat eine Zeitlang eine „Dame“ auf, die sich Frau Dr. Keller nannte, aber schließlich als Diebin entlarvt und bestraft wurde. Bei ihrer Verhaftung gab sie an, daß sie Margot Susanne Parissar heiße. Man forschte in ihrer Vergangenheit und belam da manches Wertwürdige heraus. Die Hochstaplerin bleibt nämlich bei der Behauptung, daß sie in Wirklichkeit Margot de la Camp heiße und als eine uneheliche Tochter einer Opernjägerin Martha Hofmann zu Stralsburg geboren sei. Während des Krieges leistete sie den Franzosen Spionagedienste. Alle Beteiligten wurden abgefahrt. Während die übrigen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, kam sie mit drei Jahren Zuchthaus davon. Kurz nach der Verurteilung gelang es ihr, zu entweichen. Erst jetzt sagt sie, bekenne sie sich wieder zu ihrem Namen de la Camp, weil sie annehme, daß die über sie verhängte Zuchthausstrafe wegen Verjährung nicht mehr vollstreckt werde. Wer diese Hochstaplerin eigentlich ist, weiß die Polizei indessen immer noch nicht. Man nimmt an, daß sie noch Verschiedenes auf dem Kerbholz hat.

# Nantas

Erzählung von Emile Zola.

(Übersetzt von Hans Jeros)

Der Herzog war erstaunt ans Fenster getreten und sah hinaus.

Nantas kehrte mit tausend Entschuldigungen zu ihm zurück. Aber er hatte seine Kaltblütigkeit verloren, er fand nicht mehr die rechten Worte und sprach ungeschickt.

„Die Sache habe ich mir selbst verdorben“, sagte er laut, als der Präsident fort war. „Das Portefeuille werde ich jetzt nicht bekommen.“

Und misgünstig und zornig auf sich selbst fand er da. Verschiedene Leute wurden vorgelassen. Ein Ingenieur erzählte ihm von dem riesigen Gewinn einer Grube. Ein Diplomat berichtete von einer Anleihe, die eine benachbarte Macht an der Pariser Börse lancieren wolle. Dann wurden ihm Abrechnungen von über zwanzig großartigen Unternehmungen vorgelegt. Endlich empfing er eine Menge Kollegen aus der Kammer; alle sagten ihm übertrieben schöne Dinge über seine gestrige Rede. Ohne ein Lächeln, tief in seinen Armstuhl geschnitten, empfing er diesen Wehrtauch. Noch immer erklang das Gold in den Bureaus, ein Zittern, wie in einer Fabrik durchlief die Mauern, als würde hier all das klingende Gold hergestellt.

Er brauchte nur eine Feder zu ergreifen, um Depeschen abzuschicken, die Europas Märkte erregten oder verstimmten. Er konnte einem Krieg vorbeugen oder ihn heraufbeschwören, je nachdem er die Zulassung der Anleihe unterließ oder befristete; selbst das Budget Frankreichs hielt er in den Händen, er würde bald wissen, ob er für oder gegen das Kaiserreich war. Seine übermäßig entwickelte Persönlichkeit war in diesem Triumph der Mittelpunkt, um den eine Welt kreiste. Doch er genoh diesen Triumph nicht so, wie er es sich vorgenommen hatte. Er fühlte sich müde, sein Geist war so anders, er zitterte beim geringsten Geräusch. Als eine Flamme, ein Fieber gesättigten Ehrgeizes in seine Wangen stieg, fühlte er sich jogleich wieder erleichen, als ob von hinten eine kalte Hand ihn plötzlich am Nacken berührt hätte.

Zwei Stunden waren vergangen und noch immer kam Flavie nicht. Nantas rief Germain und trug ihm auf, Herrn Danvillier herüberzubitten, falls er zu Hause wäre. Als er wieder allein war, ging er in seinem Zimmer auf und nieder und ließ niemand mehr vor. Langsam stieg und stieg seine Erregung. Ganz sicher war Flavie bei einem Rendezvous.

Wahrscheinlich hatte sie wieder mit Herrn von Fondettes angebandelt, der seit einem halben Jahr Witwer war. Natürlich wollte Nantas es sich nicht eingestehen, daß er eifersüchtig war; zehn Jahre lang hatte er den Pakt treu eingehalten, nur lächerlich wollte er sich nicht machen, sagte er sich. Niemals würde er seiner Frau gestatten, ihn zu kompromittieren, ihn zum Gevödt der Welt zu machen. Und seine Kraft verlieh ihn, dies Gefühl des Ehemannes, der einfach respektiert sein will, regte ihn so auf, daß er nichts Wehliches empfunden hatte, selbst nicht bei den gewagtesten Unternehmungen im Anfang seiner Laufbahn.

Flavie trat, noch im Straßenskleide, ein, nur Hut und Handschuhe hatte sie abgelegt. Nantas, dessen Stimme zitterte, sagte, er wäre zu ihr hinaufgekommen, wenn sie ihn hätte wissen lassen, daß sie zurück sei. Sie aber bat ihn, ohne sich zu setzen, in ganz geschäftsmäßigem Tone, sich zu beeilen. „Eine Aussprache zwischen uns ist notwendig geworden“, sagte er. „Wohin sind Sie heute früh gegangen?“

Die bebende Stimme ihres Mannes, sein unhöfliches Examinieren überraschte sie sehr. „Ja?“ entgegnete sie kühl, „dahin, wohin ich gehen wollte.“

„Das eben kann ich mir nicht gefallen lassen“, sagte er sehr bleich. „Denken Sie daran, was ich Ihnen einst gesagt habe: ich würde nicht, daß Sie die Freiheit, die ich Ihnen lasse, dazu benutzen, meinen Namen zu entehren.“

Flavie lächelte in überlegener Verachtung. „Ihren Namen entehren, mein Herr, das geht nur Sie an, das ist bereits geschehen.“

Da ging er in wahnsinniger Wut auf sie los, als wollte er sie schlagen, und stammelte:

„Sie Elende kommen aus den Armen des Herrn von Fondettes. . . Sie haben einen Geliebten, ich weiß es!“

„Sie irren sich, mein Herr“, sagte sie, ohne vor seiner drohenden Haltung zurückzuweichen, „ich habe Herrn von Fondettes niemals wiedergesehen. . . Aber wenn ich einen Geliebten hätte, dürften Sie mir nichts vorwerfen. Was ginge es Sie an. Sie vergessen also unsere Abmachungen.“

Er blickte sie verstört an; dann schluckte er auf, rief einen Schrei langverhaltener Leidenschaft aus und stürzte ihr zu Füßen.

„Flavie, ich liebe Sie.“  
Sie, hoch aufgerichtet, wich zurück, weil er eine Falte ihres Kleides berührt hatte. Aber der Unglücksfelige folgte ihr mit ausgestreckten Armen auf den Knien.

„Ich liebe Sie, Flavie, ich liebe Sie wahnsinnig! . . . Es ist gekommen, ich weiß nicht wie. Schon seit Jahren. Und ganz langsam hat es mich völlig ergriffen. O, ich habe gekämpft, ich fand diese Leidenschaft meiner nicht würdig, ich dachte an unsere erste Unterredung! . . . Aber jetzt leide ich zu sehr, ich mußte es Ihnen sagen. . .“

Lange noch sprach er so fort. Es war der Zusammenbruch aller seiner Überzeugungen. Dieser Mann, dessen Glaubensbekenntnis die Kraft war, der behauptete, daß der Wille allein der Hebel sei, die Welt aus den Angeln zu heben, lag schwach wie ein Kind, entwaffnet, vernichtet vor dieser Frau. Und seinen zur Wahrheit gewordenen Traum von Reichtum, seine schwer errungene hohe Stellung, alles hätte er hingegeben für einen Kuß dieser Frau auf seine Stirn. Sie verdarb ihm seinen Triumph. Er hörte den Klang des Goldes in seinen Bureaus nicht mehr, er gedachte der Schmeicheleien der Höflinge nicht mehr, er vergaß, daß der Kaiser ihn in diesem Augenblick vielleicht zum Minister erhob. Alle diese Dinge existierten für ihn nicht mehr. Er hatte alles und wollte nur Flavie haben. Wenn Flavie ihn zurückstieß, hatte er nichts.

„Glauben Sie mir“, fuhr er fort, „was ich getan habe, tat ich für Sie. . . Anfangs allerdings zählten Sie für mich nicht, da arbeitete ich zur Befriedigung meines Ehrgeizes. Dann aber wurden Sie das einzige Ziel all meiner Gedanken, all meiner Bemühungen. So hoch wie möglich mußte ich steigen, um Sie mit zu verdienen, sagte ich mir. Meine ganze Macht wollte ich Ihnen zu Füßen legen und hoffte, Sie dadurch zu rühren. Sehen Sie doch, wie hoch ich jetzt stehe. Habe ich Ihre Verehrung noch immer nicht errungen? Ich beschwöre Sie, verachten Sie mich nicht mehr!“

Sie hatte noch kein Wort gesprochen und sagte jetzt ruhig:

„Stehen Sie auf, mein Herr, wenn jemand käme. . .!“  
Er blieb auf den Knien, er bestärkte sie mit Bitten. Er konnte sich nicht länger beherrschen, er war eifersüchtig auf Herrn von Fondettes. Eine herbe Qual verzehrte ihn. Dann wurde er ganz klein, ganz demüthig.

„Ich sehe wohl, daß Sie mich noch immer verachten. So warten Sie wenigstens, geben Sie Ihre Liebe keinem anderen! Ich verspreche Ihnen so große Dinge, daß Sie nicht länger werden widerstehen können. Sie müssen mir verzeihen, wenn ich eben heftig war. Ich bin außer mir. . . D, lassen Sie mich hoffen, daß Sie mich einst lieben werden!“  
„Niemals“, antwortete sie hart.

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Zugung der Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa.

Sonnabend und Sonntag, den 18. und 19. Juni, tagten im Gewerkschaftshaus Berlin die Ortsausschüsse beider Organisationen. In das Bureau werden Sabath und Platan als Vorsitzende, Otto und Kasper als Schriftführer entsendet. Die Tagesordnung sieht vor: Stellungnahme zu dem Reichs- und Bezirksnot, Wohnungs- und Siedlungswesen (Referent Dr. Gutkind) und über die Warenversorgung durch die Wirtschaftsrätegesetz (Referent Köpfer), Wohnungs-Gewerkschaften (Referent Dr. Herrmann).

Köpfer schildert in einem ausführlichen Referat das ganz neue Problem, das durch den Artikel 165 der Reichsverfassung an die Arbeitnehmer herantrete. Die in der Reichsverfassung gewährtesten Rechte müssen sichergestellt werden. Ebenso wie die Unternehmer in ihren verschiedenen Vertretungen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben, so müssen auch wir dies tun. Redner geht auf den Aufbau, die Abgrenzung und auf die Wahlen des Gesetzes ein und zeigt an Hand von Beispielen, daß politischer und wirtschaftlicher Sozialismus nicht zu trennen sind. Als Träger des Gesetzes dürften nur die anerkannten Gewerkschaften in Frage kommen. Eine Vertretung der Verbraucher sei abzulehnen. Die Kostenaufbringung müßte durch den Staat geschehen, und eine einheitliche Gebietsumfassung für Berlin und Brandenburg sei anzustreben. Von den drei vorliegenden Plänen sei der vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegte Plan A und B nicht geeignet, während der Plan C von Albrecht (Deutscher Landarbeiterverband) als geeignet erklärt werden muß, da er dem Artikel 165 am nächsten kommt.

Zu der anschließenden Diskussion wendet sich Ziska gegen die paritätische Zusammenarbeit und tritt für reine Arbeiterkammern ein. Es wird zum Schluß eine Kommission von sechs Vertretern gewählt, die die eingegangenen Anträge zu sichten und zusammenzufassen hat.

Am zweiten Verhandlungstage hält Dr. Gutkind sein Referat über das Wohnungswesen. Er kritisiert die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung, den unheilvollen Einfluß der Bau-Rossyndikate und stellt ein Bauprogramm auf, um die Privatwirtschaft in die allgemeine Bewirtschaftung überzuführen. Weiter sei genügend Grund und Boden für Siedlungen zu beschaffen. Nur Plan und fester Wille führen aus dem ganzen Wohnungswesen heraus. In der Diskussion wendet sich Dr. Vitzmann grundrührig gegen die Gründung von Neuorganisations, die nur zur Erstickung in Einzelgängen führte. Eine Preislenkung durch Niederkontrollieren herbeizuführen, halte er für vollständig verfehlt. Dr. Gutkind stellt fest, daß er mit dem Referenten übereinstimme. Es wird einstimmig eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die deutsche Wirtschaft auf das Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern ist und eine planvolle Bautätigkeit einzuleiten hat, um die sozialen Schäden, die durch die Niederlegung der Bautätigkeit entstanden sind, zu beseitigen.

Zum Punkt 3 sprach Dr. Herrmann. Die Arbeitslosen-fürsorge müsse und könne produktiv gestaltet werden, wenn die 20 Millionen Arbeiterverbraucher nur genügendes Verständnis und Interesse dieser Politik entgegenbringen. Zur Warenversorgung durch die Gewerkschaften teilte er mit, daß bereits 3000 Verteilungsstellen bestehen, außerdem wirken 140 Konsumvereine mit. Bestehende Mängel seien bereits beseitigt, und der Redner teilte mit, daß eine Reihe von eigenen Betrieben der Erwerbslosen bereits bestehen. In der Diskussion wird gefordert, daß die Betriebsräte die Produktion der Waren, die durch die Gewerkschaften vertrieben werden, scharf zu überwachen hätten, um schlechter Beschaffenheit von Waren vorzubeugen. Genosse Sabath teilt noch mit, daß der Konsumverein sich weigerte, den Betrieb zu übernehmen. Eine Entschließung, die angenommen wurde, geht dahin, mit dem Konsumverein erneut in Verhandlungen einzutreten, um eine Verständigung herbeizuführen. Nachdem verschiedene untergeordnete Angelegenheiten noch ihre Erledigung fanden, wurde mit einem Appell an die Delegierten, tatkräftig für die Verwirklichung der Verhandlungen und deren Ergebnisse zu wirken, die Sitzung Sonntag um 3 Uhr nachmittags geschlossen, an der 366 Vertreter der Ortsausschüsse anwesend waren.

## Zum Streik der städtischen Gutsarbeiter

Dem Gemeindeförder-Verband erstellten wir eine ausführliche Darstellung der ganzen Verhältnisse, die zum Streik der städtischen Gutsarbeiter führten. Wir teilten bereits die ungenügende Entlohnung der Gutsarbeiter, sowohl der Handwerker als auch der eigentlichen auf den Gütern wohnenden Arbeiter, die Deputate beziehen, mit, desgleichen, daß die Gutsarbeiter die vom 21. Mai und 1. Juni gefällten Sprüche der Schlichtungsausschüsse einstimmig abgelehnt haben, während der Magistrat diesen Schiedssprüche keine Zustimmung gab. Um den irreführenden Presseberichten entgegenzutreten, wird erneut festgestellt, daß der Gemeindeförder-Verband, als Vertreter der Gutsarbeiter, dem Magistrat genügend Zeit gab, um diese kritischen Fragen durch weitere Verhandlungen friedlich zu erledigen. Die Zukunft tritt weiter den in den bürgerlichen Zeitungen erschienenen Notizen entgegen, wonach die Gutsarbeiter die bestentlohnlichsten Groß-Berliner Arbeiter seien. An Hand von Zahlen über die Stundenlöhne, die wir bereits mitteilten, wird die Unbilligkeit dieser Stimmungsmache bewiesen. Es wird auf die tatsächlichen Missetaten auf den Kielesgütern der Stadt Berlin hingewiesen, die im Endeffekt der Bevölkerung mehrere Millionen Schaden ausbüßen. Um dem abzuhelfen, stellen die städtischen Gutsarbeiter die Forderung für ein erweitertes Mitspracherecht auf, die aber abgelehnt wurde. Der Argumentation der Stadtverwaltung gegenüber, daß für die Entlohnung der städtischen Gutsarbeiter keine Mittel vorhanden sind, wird dadurch entgegengetreten, daß man bei der Besoldung der höheren Beamten, Oberinspektoren, Administratoren und Güterdirektoren wesentlich großzügiger handelt. Während das Deputat der Gutsarbeiter nur etwa eine Höhe von 5000 M. erzielt, beträgt dasjenige bei den angeführten Schichten 8086 bis 27 483 M. Diese Naturalien sind zu denselben Sätzen berechnet, die im Tarifvertrag für die Berechnung der Deputate für die städtischen Gutsarbeiter festgelegt wurden. Außerdem bekommen zum Beispiel die Güterdirektoren Milch und Kartoffeln gratis, die nicht als Deputatsleistungen berechnet werden. Zu diesen außerordentlichen Zuwendungen kommt noch die private Arbeitsleistung, auf Kosten der Stadt natürlich, die im Haushalt und Garten der Beamten und Festangestellten geleistet wird. Die Gärten der Beamten sind teilweise bis zu sechs Morgen groß und die Erzeugnisse, Obst, Gemüse usw., werden, gering geschätzt, bis zu 20 000 M. bewertet. Nach einer Berechnung über die Administration in Spandorf beträgt die Durchschnittsleistung für einen Administrator 1000 M., die sich steigert bis auf 4480 M. für einen Inspektor, der eine Frau und ein 16jähriges Mädchen gratis zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt bekommt! — Damit sind aber die Extra-Zuwendungen an das Verwaltungspersonal noch nicht erschöpft. Es kommen hinzu die Freistellung von 5-6 Ausschüßern mit dem zugehörigen Wagenmaterial inkl. Pferdegeschirr und zwei Kutscher für die Administratoren und Güterdirektoren. In der Zukunft wird bestont, daß diese Tatsachen, die wir nur ganz kurz und auszugswesele wiedergaben, nicht übertrieben sind, sondern noch ergänzt werden könnten.

Wenn der Magistrat nun eine solche offene freigebige Hand für seine festangestellten Beamten hat, so können wir durchaus nicht einsehen, warum die geringen Löhne der Gutsarbeiter nicht soweit erhöht werden könnten, daß die Arbeiter davon leben

können. Es wird weiter Aufgabe unserer Genossen in der Stadtverwaltung sein, sich diese Dinge näher zu besehen und die geächteten Missetaten zu beseitigen.

## Verbandstag der Maler

k. Frankfurt a. M., 18. Juni.

### 6. Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm heute die Statutenberatung vor. Die Bestimmungen des Statutes über den Zweck des Verbandes wurden entsprechend den heutigen Verhältnissen erweitert. In das Aufgabengebiet des Verbandes wurden u. a. die Punkte

„Erweiterung und Sicherstellung des Mitspracherechtes der Arbeiter in den Betrieben; Förderung aller auf die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft gerichteten Bestrebungen“ aufgenommen und auch die Worte „unter Wahrung parteipolitischer und religiöser Neutralität“ eingefügt. Dagegen erhob zwar die Opposition Widerspruch, die übergroße Mehrheit des Verbandstages stimmte jedoch dieser Fassung zu. Im übrigen wurden keine wesentlichen Änderungen des Statutes vorgenommen.

Mit übergroßer Mehrheit wurde auch ein Antrag Berlin auf Sicherlegung des Hauptvorstandes nach Berlin abgelehnt.

Die neuen Bestimmungen des Statutes treten am 1. Oktober d. Js. in Kraft. Der Verbandstag nahm ferner ein Referat von Peter Mehrhends-Frankfurt a. M. über die „Entwicklung und die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung“ entgegen. Dieser verlangte besonders Mitspracherechtes und Ueberwachungsrecht der Gehilfen bei der Unterbringung und Ausbildung der Lehrlinge. Er begründete eine längere Resolution hierzu, der der Verbandstag nach einer Aussprache auch zustimmte.

Zum nächsten Gewerkschaftstongreß werden dem Vorstand und der Redaktion je eine Vertretung zugestanden und als Delegierte außerdem gewählt Jakobell-Berlin, Buch-Hamburg, Buchell-Cöln und Pöcher-Berlin.

Bei der Wahl des Vorstandes, des Redakteurs, der Bezirksleiter und des Obmanns des Ausschusses wurden die bisherigen Funktionäre gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten erklärten, daß sie nicht aus persönlichen Gründen gegen die Wiederwahl des Vorstandes gestimmt hätten, sondern mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck bringen wollten, daß sie gegen das von der Leitung betriebene System seien.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Streine schloß ihn mit der Aufforderung zur weiteren tatkräftigen Mitarbeit für den Verband.

## Der Prozeß gegen Mag Holz

### 6. Verhandlungstag.

Die Verhandlung gegen Mag Holz wird heute in einem anderen Raum des neuen Kriminalgerichtsgebäudes fortgesetzt, da das bisherige Sitzungszimmer anderweitig gebraucht wird. Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Braun wird die Beweisaufnahme fortgesetzt und der nachträglich geladene Oberbürgermeister Dr. Kiese-Eiselen vernommen. Zeuge schildert ausführlich die Tätigkeit des Angeklagten und das Vorgehen der Schupo in Eisleben. Holz habe unter dem Namen „Sander“ eine ausbeuterische Rede gehalten, in welcher er die Arbeiter ganz offen aufforderte,

### die Sipo abzuschlachten.

Die Folge war, daß schon in der darauffolgenden Nacht die Schierelei begann, bei der die Arbeiter auch Maschinengewehre, von denen sie etwa 20 auf den umliegenden Höhen eingebaut hatten, in Tätigkeit setzten. Die Polizei erwiderte das Feuer insoweit eines besonderen Befehls nicht, obwohl sie einen Toten und mehrere Verwundete hatte. Am Nachmittag, so schildert der Zeuge weiter, kam eine Abordnung der hiesigen Bande auf das Rathaus mit der Mitteilung, Mag Holz lasse sagen, daß die Sipo sofort die Stadt zu verlassen und die Waffen niederzulegen habe, widrigenfalls die Stadt an allen vier Ecken angezündet würde. Tatsächlich begannen nach 6 Uhr die Brandstiftungen. Es wurden Handgranaten geworfen, ein bewaffneter Trupp zog durch die Stadt, zertrümmerte Schaufensterscheiben und plünderte 13 Läden. — Holz hält dem Zeugen vor, daß dieser die politische Lage in Eisleben am besten beurteilen könne, da er sofort nach Beginn der Schierelei sich im Keller versteckt habe.

Polizeimajor Holte-Wagdeburg befundet, daß er zu Beginn der Anruhen in Eisleben das Kommando der Schupo gehabt habe. Die Polizei hatte gleich am zweiten Tage bei einer Aktion am Otto-Schacht 4 Tote, mehrere Verwundete und zwei Gefangene. Einem Beamten gelang es zu entweichen, es wurde hinter ihm her geschossen. Dieser Beamte berichtete, daß Holz über mindestens acht Maschinengewehre und zwei leichte Minenwerfer verfüge. Die gefangenen Subpoen wurden hauptsächlich ausgefragt, ob die Polizei über Artillerie verfüge, vor der die Aufreißer offensichtlich die größte Angst hätten. Der Wachmeister Erzleben wurde von Holz als Parlamentär abgeschickt mit der Aufforderung, dem Kommando der Sipo mitzuteilen, daß die Sipo sofort die Waffen niederlegen solle, dann würde freier Abzug gewährt. Wenn Erzleben nicht innerhalb einer Stunde zurück sei, würden die anderen Gefangenen erschossen. — Holz: Wir hatten überhaupt keinen Minenwerfer und nicht acht, sondern vier Maschinengewehre. Wenn das Gegenteil gemeldet worden war, so zeigt dies, daß der Betreffende große Phantasie hatte. — Justizrat Broh: Wieviel Hundertschaften Sipo waren aufgeboten? — Zeuge Holte: Ueber tatsächliche Maßnahmen bin ich nicht befragt, Auskunft zu geben. — Justizrat Broh: Auf wieviel wurden die Rotgardisten von Ihnen geschätzt? — Zeuge: Wir schätzten etwa 2000. — Als der Zeuge entlassen werden soll, ruft ihm der Angeklagte nach: Ich wünsche gute Erholung in Braunlage von den Proletariemorden. — Der Zeuge wird auf Widerspruch des Staatsanwalts noch nicht entlassen.

Zeuge Unterwachmeister Franke berichtet über den Beginn des Feuergefechts am Otto-Schacht, über die Bedrängnis, in welche die Mannschaft der Sipo bei der Uebermacht der Kommunisten geraten war. Der Zeuge ist mit mehreren Kameraden in die Hände der Kommunisten geraten und ist so verprügelt worden wie noch nie im Leben. Die Sachen wurden ihm vom Leibe gerissen, der Kopf war vollständig zerfetzt usw. Der Zeuge ist dann mit zwei Gefangenen nach Wimmelburg gebracht worden, wo der Aktionsausschuß lagte. Da wurde ihnen gesagt: Ihr werdet zum Tode verurteilt. Es ging dann weiter nach Klostermannseld, unterwegs wurde an einem Orte halbgemacht, wo abermals ein Aktionsausschuß bestaigte, daß sie zum Tode verurteilt seien. Als der Zeuge um Wasser bat, um sein Blut abzuwaschen und zu trinken, wurde ihm gesagt: Ihr könnt Spartakusblut laufen! Unterwegs wurden sie von einem Lastauto eingeholt, auf dem Holz mit schwerbewaffneten Kommunisten lag. Die Gefangenen wurden ihm vorgeführt, und er fuhr sie an: Wissen Sie, wer ich bin? Ich bin Holz, damit Sie es wissen! Was Ihnen passiert, wissen Sie ja. In Wimmelburg widerlegte sich der Betriebsrat des Otto-Schachts bzw. der Pförtner Schettler energisch der Erschießung, und es kam zu einer erregten Szene. In dieser Szene spielte sich noch folgendes ab: Ein Kommunist wollte weggehen, weil er zu seiner Mutter und zum Essen wollte. Da hat ihn der Angeklagte angefaßt: Du gehst ins Loch! Der Angeklagte hat sich sofort Repekt geschafft, so daß die übrigen Kommunisten gleich framanstanden. Der Zeuge, welcher sich nicht ganz umdrehen durfte, hat auch gesehen,

daß Holz auf den revolutionären Arbeiter geschossen hat

und daß der Mann zu Boden stürzte. Die Gefangenen wurden nach Eisleben mit zurückgenommen. Holz erklärte: Ich marschiere jetzt auf Eisleben! Ich werde euch schon ausräuchern, ich stecke den ganzen Laden in Brand! Holz tauchte dann den Mantel

und den Hut mit einem andern, der als Redakteur Schneck bezeichnet wurde. Inzwischen wurde der Wachmeister Erzleben nach Eisleben geschickt, um als Parlamentär aufzufordern, die Waffen zu strecken. Einem Zivilisten wurde einfach das Fahrrad weggenommen, und als der Mann sagte: Es ist ein ganz neues Rad, erhielt er von Holz die Antwort: Halt's Maul! Ich habe Geld genug, um es zu bezahlen. Erzleben wurde gesagt: Wir würden erschossen werden, wenn er nicht innerhalb einer Stunde zurückgekehrt sein würde. Als dann der Ruf kam: die Sipo ist im Anmarsch, und eine Verwirrung eintrat, gelang es dem Zeugen, zu entkommen.

Der Angeklagte weist darauf hin, daß dieser von der Anklage als Kronzeuge angelehene Zeuge in der Voruntersuchung ganz etwas anderes ausgesagt habe.

Der Zeuge, Portier und Betriebsrat im Otto-Schacht Schettler hat mit Holz einen sehr scharfen Zusammenstoß gehabt. Als Zeuge sah, wie Holz die gefangenen Sipoleute herausziehen ließ, den Befehl gab, sie zu erschließen, und die Leute sich hierzu schuldig machten, ist Zeuge dazwischengetreten und hat erklärt: Ich bin hier Betriebsrat und dulde nicht, daß hier die Leute erschossen werden. Holz erklärte: Wenn du nicht weggehst, dann lasse ich dich erschließen, und stecke mir die Pistole auf die Brust, so erklärte der Zeuge weiter. Ich erwiderte: Ich gehe aber nicht weg, bis du mir sagst, daß die Leute nicht erschossen werden. Holz jagte nochmals:

### Geht weg, oder ich schieße.

Ich sagte ihm darauf nochmals: Und wenn du zweimal sagst, du willst mich erschließen lassen, ich habe keine Angst. Erst als auch die Leute des Holz selbst Einspruch erhoben, rief Holz: Es ist gut, es bleibt dabei, ich lasse sie nicht erschließen, die nehme ich zu anderen Zwecken.

Auf eine Frage des Angeklagten Holz erklärt Zeuge weiter: Ich sage dir zu dir, aber das will ich dir noch sagen, wenn du die Leute hättest erschließen lassen, so wärst du auch tot gewesen, denn ich hätte meinen Revolver schon los in der Tasche zu sehen. Als Justizrat Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, zieht ihn Holz an der Robe zurück und drückt ihn auf den Stuhl nieder: Ich bitte, selbst fragen zu können.

Major Holte wurde auf Befragen des Staatsanwaltes noch darüber vernommen, ob sich bei ihm Leute gemeldet hätten, die sich erbieten wollten, den Angeklagten zu ermorden. — Zeuge: Davon kann gar keine Rede sein. Lediglich der Zigarrenhändler Beier aus Helbra kam eines Nachts zu mir und bat mich um Beamte in Zivil, da er imstande sei, Holz in seinem Stanzquartier auszuheben. Ich hielt den Vorschlag für eine Falle und wies den Mann ab. — Holz: Wieviel Schweinskotletten mit Bratartoffeln ißt denn der Zeuge täglich, um sich ein Speckgürtel zu bekommen? — Vorl.: Ich verbitte mir zum letzten Male diese jedes Maß überschreitenden Redensarten.

Hierauf werden noch eine Anzahl Zeugen vernommen, welche bei dem Mord an dem Gutsbesitzer Heß zugegen waren. Das Hausmädchen Olga Richter aus Koitzschen hat Holz beobachtet, als er Heß durch das Haus begleitete. Von der Ermordung selbst weiß sie nichts. — Justizrat Franke: Sie haben früher ausgesagt, daß ein gewisser Weidenhauer aus Landsberg mit vorgehaltenem Gewehr von Heß die Geldschrankschlüssel verlangt hat. — Zeugin: Das ist richtig. Ein gewisser Rabbes hat Herrn Heß mit der Waffe bedroht. — Justizrat Broh: Die Zeugin erzählt uns ja ganz interessante Dinge. Ich verstehe gar nicht, warum der Herr Staatsanwalt auf die Ladung dieser Zeugin verzichten wollte. — Staatsanw. Jäger: In der Tat weiß die Zeugin von dem Mord nichts, und das hat mir Frau Heß gesagt. — Holz: Erinnert sich der Herr Staatsanwalt, daß ihm Frau Heß auch sagte, es sei nach dem Mord ein Mann zurückgekommen, der erklärte, hätte Heß nicht geschossen, dann wäre das alles nicht passiert? — Staatsanw. Jäger: Auf eine in so unerschämten Ton gehaltene Anfrage brauche ich dem Angeklagten eigentlich nicht zu antworten. Ich tue es aber doch und erkläre ihm, daß ich das in der Tat nicht gehört habe. — Holz: Dann sind Sie unerschämter Lügner wie die anderen. Die Hauptfrage ist ja auch für Sie, daß der Raben klappt. — Vorl.: Wenn das so weitergeht, werde ich gegen Sie andere Maßnahmen ergreifen.

Das Küchensmädchen Marie Reichert aus Koitzschen kann über die Tat nur unwesentliche Bekundungen machen. — Rechtsanw. Hegewisch zur Zeugin: Wir haben hier wiederholt gehört, daß sich bei der Truppe von Holz ein kleiner verwachsender aussehender Mann befand, der hochgezogene Schultern hatte. Haben Sie den auch beobachtet? — Zeugin: Jawohl, das ist Holz selbst gewesen, der die Achseln immer so komisch hochgezogen hatte.

Der nächste Zeuge, Landarbeiter Otto Schumann, der auf Rittergut Koitzschen beschäftigt ist, gab an, daß er die Schierelei in seiner Wohnung gehört habe. Der erste Schuß, den er vernahm, war leiser als die übrigen, also offenbar ein Pistolenhuh. Herr Heß rief: Alice, zu Hilfe!

Der folgende Zeuge, Arbeiter Dito Albrecht aus Holzweiffing, der sich als Samariter bei der Holzgarde befand, behauptet, er habe zur Zeit, als die Schüsse fielen, Holz im Auto bei der Kolonne gesehen.

Im Anschluß an diese Vernehmungen wurde der Waffenschverständige, Büchsenmacher Bod, vernommen. Er gibt an, daß zwei in dem Körper des Heß gefundene Geschosse zweifellos von Militärgewehren herrühren. Bei der Messung der Wunde ergab sich nämlich, daß Heß eine ganze Anzahl Wunden aufwies, die zweifellos von Gewehrkugeln herrührten. Dagegen waren drei Einkuhlöcher vorhanden, die 7-8 Zentimeter groß waren. Hier sind sicherlich drei Revolverkugeln eingebracht, die als Dum-Dum-Geschosse angefaßt waren. — Justizrat Broh: Mühten die Revolverkugeln nicht im Körper steckenbleiben? — Sachverständiger: Nein, da die Schüsse aus nächster Entfernung abgegeben sind.

Auf Antrag der Verteidigung wird beschlossen, die Wachmeister Bisse und Erzleben aus Magdeburg zu vernehmen. Im Anschluß daran werden die Widdovers stattfinden. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

## Parteiveranstaltungen

### Dienstag, 21. Juni

1. Bezirk (Berlin-Mitte). Umrahbender findet die Sitzung der kommunalen Kommission heute abend nicht statt.  
12. Verwaltungsbereich (Tempelhof). Die Sitzung aller vier Orte in Wartenhof bei Pieper, Bezirk 25, findet heute nicht statt. Wann die Sitzung stattfindet, wird bekanntgegeben.  
Neußeln. Die Agitationskommission trifft sich heute abend 6 Uhr bei Altem.

## Bereinskalender

### Dienstag, 21. Juni

Verband Deutscher Händler und rell. Gewerbetreibender, Orissem, Berlin. Nachtrag Genusmittel einjäh. Obst und Gemüse. Abends 8 Uhr bei Sumner, Coppenh. 5, Versammlung.

### Mittwoch, 22. Juni

Verband Deutscher Händler und rell. Gewerbetreibender, Orissem, Berlin. Bezirk Neußeln. Abends 8 Uhr Versammlung bei Friederichs, Jägerstr. 2, Ref. Kol. Brandel.

### Donnerstag, 23. Juni

Arbeiter-Wasserpart-Verband, Kreis 1. Nächste Leitungsbunde der Rettungswoche abends an der Königin-Grube (Grenz). Sämtliche Obleute der Vereine haben zu erscheinen. Treffpunkt 7 Uhr vorm. Volkshaus Charlottenburg, Neußelnstraße 4.  
Arbeiter-Schachspieler Nord-West. Abends 8 Uhr Parteiliche 10 Corttag. Sätze haben freien Zutritt.

## Geschäftliches

Das Warenhaus H. Joseph u. Co. in Neußeln, das größte Haus des Platzes, verankert einen Ausverkauf, wobei es seinen Ruf als ein durchwegs festes Geschäft wieder bestaigt. Die Preise sind angemessen und die Ware gut.

Verantwortlich: für Politik u. Jewiketan: Leo Liebig, Berlin-Friedrichs; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Henkel, Berlin; für den Justizteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamekier, Karlsruhe. — Verlagsausgaben: Preis 1. 6. M., 2. 6. M., 3. 6. M., 4. 6. M., 5. 6. M., 6. 6. M., 7. 6. M., 8. 6. M., 9. 6. M., 10. 6. M., 11. 6. M., 12. 6. M.